

POLITIK & UNTERRICHT

1 – 2009



Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Inhalt

»Politik & Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

HERAUSGEBER

Lothar Frick, Direktor

CHEFREDAKTEUR

Dr. Reinhold Weber
reinhold.weber@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de
Katharina Rapp, M. A., Stuttgart

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-45; Fax: 0711/164099-77

REDAKTION

Simone Bub-Kalb, Studiendirektorin,
Staatl. Seminar für Didaktik und Lehrerbildung
(Gymnasien), Stuttgart
Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin,
Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule
für Elektrotechnik), Stuttgart
Ulrich Manz, Rektor der Schillerschule (Grund-
und Hauptschule mit Werkrealschule), Esslingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat,
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Horst Neumann, Ministerialrat,
Umweltministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Angelika Schober-Penz, Studienrätin,
Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule),
Kornwestheim

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm
www.bertron-schwarz.de

GESTALTUNG INNENTEIL

Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg a. N.,
www.8421medien.de

VERLAG

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen
Anzeigen: Neckar-Verlag GmbH, Uwe Stockburger
Telefon: 07721/8987-71; Fax: -50
anzeigen@neckar-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.5.2005.

DRUCK

PFITZER Druck und Medien e. K., Benzstraße 39,
71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.
Preis dieser Nummer: 3,00 EUR
Jahresbezugspreis: 12,00 EUR
Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich
mit je 3,00 EUR in Rechnung gestellt.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und der
Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen
Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture-alliance/dpa

Auflage dieses Heftes: 20.000 Exemplare

Redaktionsschluss: 25. Februar 2009

ISSN 0344-3531

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge 3 – 14

Einleitung	3
Baustein A: Wegmarken deutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung	10
Baustein B: Außenpolitische Umbrüche	12
Baustein C: Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan	13
Literaturhinweise	14

Texte und Materialien 15 – 47

Baustein A: Wegmarken deutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung	16
Baustein B: Außenpolitische Umbrüche	28
Baustein C: Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan	38

Einleitung und alle Bausteine: Prof. Dr. Ingo Juchler

Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.politikundunterricht.de/1_09/aussenpolitik.htm

Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier aus FSC-zertifizierten Frischfasern und Recyclingfasern gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist ein weltweites Label zur Ausweisung von Produkten, die aus nachhaltiger und verantwortungsvoller Waldbewirtschaftung stammen. Das Papier wird in Unternehmen hergestellt, die alle nach ISO 9001 und ISO 14001 sowie EMAS zertifiziert sind.

THEMA IM FOLGEHEFT

Politische Plakate

Editorial

Das Jahr 2009 ist ein besonderes in der Erinnerungskultur der Deutschen: Vor 90 Jahren wurde die erste Demokratie auf deutschem Boden gegründet, vor 70 Jahren ging von Deutschland der Zweite Weltkrieg aus, vor 60 Jahren kam es zur »doppelten Staatsgründung« in Deutschland, die vor nunmehr 20 Jahren mit der Friedlichen Revolution in der DDR überwunden werden konnte. Aber auch die Jahre 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss und 1999 als das Jahr, in dem deutsche Soldaten im ehemaligen Jugoslawien erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an einem bewaffneten Konflikt beteiligt waren, sind für die Erinnerung der Deutschen von Bedeutung.

Die aufgeführten Jahresdaten spiegeln nicht nur die wechselvolle Geschichte Deutschlands wider. Sie zeigen auch, wie sich die Rolle des Landes in der Mitte Europas verändert hat. Die beiden Begriffe Verantwortung und Herausforderung bringen es auf den Punkt: Eine besondere Verantwortung hat Deutschland vor dem Hintergrund seiner Geschichte und des Leids, das von deutschem Boden ausgegangen ist. Damit steht es vor besonderen Herausforderungen, denn aufgrund seines politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Potenzials wird von Deutschland – mehr als früher – gefordert, größere Verantwortung für die internationale Friedenssicherung in Europa und darüber hinaus zu übernehmen. Außerdem ist seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutlich geworden, dass die Gefährdungen des 21. Jahrhunderts vor keiner Grenze Halt machen. Gemeinsame Risiken erfordern gemeinsame Antworten. Dieser Verantwortung und Herausforderung muss sich Deutschland stellen.

Die anfangs aufgeführten Jahresdaten zeigen aber auch, dass die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit dem vorliegenden Heft von »Politik & Unterricht«

zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneut einen Beitrag dazu leistet, die Lehrerinnen und Lehrer des Landes bei der Gestaltung des Unterrichts mit praxisorientierten und gleichzeitig aktuellen Unterrichtsmaterialien zu unterstützen. Gerade Themen wie Internationale Beziehungen und Internationale Sicherheit sind besonders stark von der Aktualität der Materialien abhängig. Schulbücher können diese aus nachvollziehbaren Gründen nicht immer leisten. Mit einer Vierteljahresschrift wie »Politik & Unterricht« kann aber recht kurzfristig reagiert werden. So finden sich auch in diesem Heft die aktuellen Diskussionen über die Frage, ob sich Deutschland mit der Beteiligung seiner Soldaten an der ISAF-Truppe in Afghanistan im Krieg befindet oder nicht. Thematisiert wird auch die offene Frage, wie sich mit der Amtsübernahme von Barack Obama in den Vereinigten Staaten das deutsch-amerikanische Verhältnis und die Afghanistan-Strategie der NATO verändern werden. Die weltpolitische Situation befindet sich im Wandel – Grund genug, das Thema im Unterricht entsprechend zu würdigen.



Lothar Frick
Direktor der LpB



Dr. Reinhold Weber
Chefredakteur

SCHWERPUNKT 2009 – WÄHLEN GEHEN!

2009 – ein Superwahljahr. Auf allen politischen Ebenen stehen Entscheidungen an: die Europawahl, die Bundestagswahl, noch vier weitere Landtagswahlen und Kommunalwahlen in acht deutschen Ländern. In Baden-Württemberg finden die Europa- und Kommunalwahlen gleichzeitig am 7. Juni statt. »2009 – Wählen gehen!« heißt deshalb das Schwerpunktthema der Landeszentrale für politische Bildung. Dazu bieten wir zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Publikationen an.

Die beiden Internetportale www.europawahl-bw.de und www.kommunalwahl-bw.de informieren umfassend – ob es um das

Wahlrecht, die Aufgaben des Europäischen Parlaments oder des Gemeinderates, die Rolle Baden-Württembergs in Europa oder das Panaschieren geht. Beide Portale enthalten umfangreiche Linklisten. »Sie fragen – wir antworten« heißt es dagegen bei der E-Mail-Hotline zur Kommunalpolitik.

Zu den Veranstaltungen gehören Planspiele, Internetrallies und Aktionstage für Schüler ebenso wie Bildungsreisen nach Straßburg oder Brüssel. Eine Postkartenaktion, die sich besonders an Jungwähler richtet, ruft zur Wahlbeteiligung auf. Schließlich bürgt eine Reihe von Publikationen, zu denen Wahlsonderhefte ebenso wie Handbücher gehören, für ausgewogene Informationen rund um das Thema Wahlen.

Das Angebot zum Superwahljahr im Überblick unter:
www.lpb-bw.de/waehlen-gehen.

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Die meisten Schülerinnen und Schüler sind glücklicherweise in Frieden und Freiheit aufgewachsen. Ost-West-Konflikt, atomares Wettrüsten und Abrüstungsverhandlungen, Entspannungspolitik, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung sind für sie längst Geschichte geworden. Sie erleben das Zeitalter der Globalisierung. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich nehmen sie die zunehmende Verflechtung innerhalb Europas, ja der ganzen Welt am deutlichsten wahr. Doch jüngst nimmt die Beteiligung der Bundeswehr an den ISAF-Truppen in Afghanistan wieder mehr Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Damit wird auch die Notwendigkeit einer wachsenden Kooperation innerhalb Europas und der Welt stärker ins Bewusstsein gerückt. Die Bedeutung der Sicherung des Weltfriedens und der Bewältigung globaler Aufgaben wird dadurch konkret.

Mit dem vorliegenden Heft zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik widmet sich die Landeszentrale für politische Bildung einem wichtigen, aktuellen und zukunftsrelevanten Thema. Anhand zahlreicher Beispiele seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird die historische und moralische Verantwortung Deutschlands herausgearbeitet. Die aktuellen Themen, erarbeitet am Beispiel des Kosovo, der Demokratischen Republik Kongo und Afghanistans, veranschaulichen die Prinzipien und Instrumente der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik angesichts der neuen Bedrohungen im 21. Jahrhundert. Sie vermitteln den Heranwachsenden die zentralen Aspekte eines umfassenden Sicherheitsbegriffs.

Fast zwangsläufig müssen sich vor allem junge Männer, aber auch junge Frauen mit dem Thema internationale Friedenssicherung auseinandersetzen, wenn es um die Frage geht, ob sie den Wehrdienst leisten oder aber Zivildienst machen wollen. Sie werden dann sehr persönlich mit einem anscheinend so fern liegenden Thema konfrontiert und müssen sich eine Meinung bilden, die für ihr persönliches Leben

Auswirkungen hat. Das vorliegende Heft und der entsprechend kontrovers gestaltete Schulunterricht können dabei durchaus eine Entscheidungshilfe sein.

Wir danken der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, dass sie mit dem vorliegenden Heft erneut die Forderung nach einem aktuellen Gemeinschaftskundeunterricht unterstützt und die Arbeit an der Umsetzung der Bildungspläne des Landes untermauert. Denn hier geht es unter den Aspekten Friedenssicherung und Konfliktbewältigung darum, einen Überblick über die internationale Ordnung zu geben, exemplarisch sicherheitspolitische Herausforderungen und Lösungsversuche darzustellen und zu beurteilen, sicherheitspolitische Leistungen von Allianzen und internationalen Organisationen zu bewerten und nicht zuletzt die Notwendigkeit bzw. Legitimität humanitärer Interventionen erörtern zu können. Mit dem großen Bogen, den dieses Heft von der Teilung der Welt und der außenpolitischen Stellung der jungen Bundesrepublik in der Nachkriegszeit über die deutsche Wiedervereinigung bis hin zur Tagesaktualität zieht, liegt den Lehrerinnen und Lehrern des Landes umfangreiches Material mit weiterführenden Arbeitsaufträgen und Anregungen vor, das ihnen die unterrichtspraktische Arbeit erleichtern wird.

*Gernot Tauchmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*



AUTOR DIESES HEFTES

Prof. Dr. Ingo Juchler lehrt an der Pädagogischen Hochschule Weingarten Politikwissenschaft und ihre Didaktik. Darüber hinaus ist er Direktor des Zentrums für politisch-ökonomische und ethische Bildung. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben der Didaktik der politischen Bildung die Bereiche Internationale Beziehungen, Demokratietheorie sowie Interkulturalität.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

●●● EINLEITUNG

Der mit dem Niedergang des Sowjetimperiums einhergehende Umbruch der internationalen Beziehungen Ende der 1980er Jahre bildete den politischen Hintergrund, vor dem am 9. November 1989 die innerdeutsche Grenze geöffnet wurde. Damit konnte vor zwanzig Jahren der Prozess zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands eingeleitet werden. Der in der Folge von den vier ehemaligen Sieger- und Besatzungsmächten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich sowie den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR ausgehandelte und unterzeichnete »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« (»Zwei-plus-Vier-Vertrag«) regelte die internationalen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Beitritt der DDR zur (alten) Bundesrepublik nach den Bestimmungen des (alten) Artikels 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990.

Die Auswirkungen der Wiedervereinigung waren für keinen Politikbereich so eingreifend wie für die Außen- und Sicher-

heitspolitik. Mit der Aufhebung der Teilung Deutschlands war eine außen- und sicherheitspolitische Konstellation beendet worden, bei der sich die beiden deutschen Staaten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dem jeweiligen westlichen und östlichen Militärbündnis konfrontativ gegenüberstanden. Die Herstellung der staatlichen Einheit und die damit verbundene Wiedererlangung der vollen nationalen Souveränität stellte eine entscheidende Zäsur für die deutsche Außenpolitik dar. Deren Gestaltungsmöglichkeiten haben vor diesem Hintergrund erheblich zugenommen. Deutschland befindet sich aufgrund der Ablösung der europäischen Nachkriegsstrukturen in einem veränderten internationalen Umfeld. Seine geopolitische Mittellage, die mit der höchsten Bevölkerungszahl und dem größten wirtschaftlichen Potenzial auf dem europäischen Kontinent einhergeht, veranlasste den Historiker Hans-Peter Schwarz zur Charakterisierung Deutschlands als »Zentralmacht Europas«.

Die Rückkehr Deutschlands auf die »Weltbühne« geht mit der Übernahme einer größeren außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung einher. Zwar haben sich die zentralen außenpolitischen Bezugspunkte der alten Bundesrepublik – der Prozess der europäischen Integration und die transatlantische Partnerschaft – seit der Wiedervereinigung nicht grundsätzlich verändert. Wohl aber kam es zu einer Neujustierung und Neugewichtung bei der Gestaltung der Außen-



Ausgelassen feiern Ost und West an und auf der Berliner Mauer Silvester 1989. 28 Jahre nach dem Bau der Mauer ist das Brandenburger Tor wieder offen. Die Wiedererlangung der Einheit bedeutet für Deutschland nicht nur nationale Freude, sondern auch einen tiefgreifenden Wandel seiner Außen- und Sicherheitspolitik. In den folgenden Jahren wird Deutschland mehr weltpolitische Verantwortung übernehmen.

und Sicherheitspolitik. Deutschland spielt damit eine neue Rolle auf dem internationalen Parkett, die kontrovers diskutiert wird und politisch nicht unumstritten ist.

Von der doppelten Westbindung ...

Nachdem das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft getreten war, hatte sich zwar im Westen Deutschlands die Bundesrepublik als neuer Staat gegründet. Doch bildete ein Besatzungsstatut die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen dem neuen Staat und den alten Besatzungsmächten, das die Bewegungsfreiheit der deutschen Politik nach innen erheblich einschränkte. Dies galt umso mehr für den Bereich der Außenpolitik, auf dem die erste bundesdeutsche Regierung unter Kanzler Konrad Adenauer keine Souveränität ausüben konnte. Entsprechend verfolgte dessen Regierung das übergeordnete Ziel, politische Gleichberechtigung zu erreichen. Darüber hinaus strebte die Regierung Adenauer nach äußerer Sicherheit und war davon überzeugt, dass diese beiden Ziele insbesondere über die Westintegration zu erreichen seien. Die Westintegration stand für Adenauer auch nicht im Widerspruch zu der Forderung nach einer prospektiven Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten: Adenauer war der Überzeugung, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, welches fest im westlichen Bündnis verankert war, für die Westmächte und möglicherweise auch für die Sowjetunion akzeptabler sei als ein weitgehend unabhängiges Deutschland. Den zweiten, ebenfalls 1949 gegründeten, deutschen Teilstaat DDR suchte die Regierung Adenauer derweil aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik für das ganze deutsche Volk außenpolitisch zu isolieren: Die nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannte »Hallstein-Doktrin« erachtete die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen von dritten Staaten mit der DDR als unfreundlichen Akt, der in der Regel mit dem Abbruch oder der Nichtaufnahme der diplomatischen Beziehungen seitens der Bundesrepublik Deutschland geahndet wurde.

Als erster Schritt der Regierung Adenauer hin zur Erreichung der zentralen außenpolitischen Ziele der jungen Bundesrepublik gilt der deutsche Beitritt zur sogenannten Montan-Union. Der von dem französischen Wirtschaftsexperten Jean Monnet entwickelte und vom französischen Außenminister Robert Schuman politisch vertretene Plan sah vor, die westeuropäische Schwerindustrie einer supranationalen Lenkungsbehörde zu unterstellen. Die Unterzeichnung des Vertrags über die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (EGKS) durch Frankreich, die Bundesrepublik, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg bildete fortan das Fundament für die Westintegration der Bundesrepublik. Zugleich war damit auch die Grundlage für eine Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn Frankreich und für den »deutsch-französischen Motor« für den weiteren Prozess der europäischen Integration gelegt.

Von Frankreich ging auch eine weitere Initiative für die europäische Integration im Bereich der Sicherheitspolitik aus. Allerdings war diese Initiative des französischen Ministerpräsidenten René Pleven insbesondere auch von der Angst vor dem Wiedererwachen des »deutschen Militarismus« getragen, weshalb er für eine gemeinsame europäische Verteidigung die Schaffung einer europäischen Armee vorschlug. In dieser Armee sollte eine vollständige Verschmelzung der Mannschaften und der Ausrüstung erfolgen, so dass Frankreich zumindest eine indirekte Kontrolle über die deutsche Wiederaufrüstung erreichen könnte. Nachdem der Vertrag über eine »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) bereits von allen anderen Gründungsmitgliedern der EGKS ratifiziert worden war, lehnte schließlich die französische Nationalversammlung im August 1954 dessen Ratifikation ab. Es war nicht allein die Errichtung einer europäischen Armee bis auf Weiteres gescheitert. Der Vertrag hatte darüber hinaus die Gründung einer »Europäischen Politischen Gemeinschaft« (EPG) vorgesehen. Damit war die Überlegung verbunden gewesen, dass ein politisch integrierter europä-



In der Nachkriegszeit traten die unterschiedlichen Ziele und Interessen der Supermächte bei der Neuordnung der Welt hervor. Dies führte zur Teilung Europas in zwei feindliche Machtblöcke mit zugehörigen Militärbündnissen: der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes. Deren Ausdehnung entsprach weitgehend der militärischen Präsenz der US-Truppen und der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Die Spaltung der Welt verlief mitten durch Deutschland.

ischer Kontinent die Chance habe, sich gegen die Sowjetunion, aber auch gegenüber den USA zu behaupten. Mit dem Scheitern der EVG war auch die europäische politische Gemeinschaft – vorläufig – gescheitert.

Während der Verhandlungen über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft unter bundesdeutscher Beteiligung hatte die Sowjetunion im März 1952 den Versuch unternommen, mit den sogenannten »Stalin-Noten« die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, indem sie die Schaffung eines wiedervereinigten, neutralen Deutschland in Aussicht gestellt hatte. Kanzler Adenauer war jedoch bei seiner »Politik der Stärke« gegenüber der Sowjetunion geblieben, so dass unmittelbar nach dem Scheitern des EVG-Vertrags 1954 weitere Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten zur sicherheitspolitischen Integration durchgeführt wurden. Diese mündeten in die Pariser Verträge, welche auch einen Deutschland-Vertrag enthielten. Als schließlich am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, verlor das Besatzungsstatut seine Gültigkeit und die Bundesrepublik wurde zum souveränen Staatswesen sowie zum sicherheitspolitischen Partner in der nordatlantischen Verteidigungsallianz (NATO). Die Bundesrepublik konnte somit zu allen Ländern der westlichen Welt volle diplomatische Beziehungen aufnehmen und Botschafter austauschen. Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik rief jedoch auch erhebliche Widerstände im Land hervor, die sich unter anderem in der »Ohne-mich-Bewegung« artikulierten. Als weiterer Schritt zur Vertiefung der Westintegration nahm die Bundesrepublik in der Folgezeit Verhandlungen über einen gemeinsamen Markt sowie eine europäische Atomgemeinschaft der sechs Gründungsmitglieder der Montan-Union auf. Diese Verhandlungen führten zu dem am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten »Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« (EWG) sowie zum »Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft« (EURATOM).

Kanzler Konrad Adenauer hatte somit zumindest zwei seiner übergeordneten außenpolitischen Ziele erreicht: Durch die Westintegration konnte auf der Grundlage der Mitgliedschaft im NATO-Bündnis die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet werden. Der Beitritt zu diesem Bündnis sowie die Integration in die europäischen Institutionen verschafften der Bundesrepublik darüber hinaus zumindest die teilweise Wiedererlangung nationaler Souveränität auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Adenauer hatte somit durch den teilweisen Verzicht auf Autonomie aufgrund der Bereitschaft zur Integration in europäische und transatlantische Strukturen zumindest den teilweisen gleichberechtigten Umgang mit den westlichen Staaten erreicht.

... zur neuen Ostpolitik

Der Bau der Berliner Mauer durch das SED-Regime am 13. August 1961 zerschlug alle Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und ließ vor aller Welt den »Eisernen Vorhang« augenfällig werden, der den europäischen Kontinent spaltete. Vor diesem Hintergrund entwickelte der außenpolitische Strategie Egon Bahr in enger Abstimmung mit dem damaligen Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt seit 1963 eine neue Konzeption für die Deutschland- und Ostpolitik, die auf die Formel »Wandel durch Annäherung« gebracht wurde. Dieser neue Ansatz bezog sich auf das Scheitern der bisherigen Bemühungen um die Wiedervereinigung, was nicht zuletzt durch den Bau der Berliner Mauer sichtbar geworden war. An die Stelle von Boykottmaßnahmen sollte eine Förderung von Kontakten aller Art treten.

Der außenpolitische Ansatz des »Wandels durch Annäherung« wurde nach der Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahre 1969 von der Regierung Brandt mit Nachdruck betrieben. Egon Bahr, der inzwischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt war, handelte mit der Sowjetunion bis



Die Teilung Deutschlands in die Bundesrepublik Deutschland einerseits und die DDR andererseits war ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sowie des anschließenden Kalten Krieges zwischen den einstigen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition.

Mai 1970 den Kern eines Vertrages aus. Darin verpflichtete sich die Bundesrepublik zur Anerkennung der bestehenden Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie und der Grenzen zur DDR, womit allerdings kein Verzicht auf das Ziel der Wiedervereinigung verknüpft war. Weiterhin erklärte die Bundesregierung, sie werde sich im Zuge der Entspannung in Europa für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen einsetzen, was de facto die weltweite Anerkennung der DDR und die Aufgabe der »Hallstein-Doktrin« bedeutete. Die Sowjetunion verzichtete ihrerseits auf ihr Interventionsrecht in der Bundesrepublik, das ihr als Siegermacht noch zustand.

Diese Regelungen wurden schließlich im Moskauer Vertrag mit der UdSSR im August 1970 und im Warschauer Vertrag mit Polen im Dezember 1970 festgelegt. Im Grundlagenvertrag der Bundesrepublik mit der DDR vom November 1972 akzeptierte Bonn zwar den souveränen Status der DDR, eine völkerrechtliche Anerkennung Letztgenannter als Ausland wurde darin jedoch vermieden. Später wurden diese Verträge durch ein Abkommen mit der Tschechoslowakei und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn und Bulgarien ergänzt.

Einen besonders symbolträchtigen Ausdruck fand die neue Ostpolitik der Bundesrepublik wenige Stunden nach der Unterzeichnung des Vertrags mit Polen: Als die deutsche Delegation den Opfern des Warschauer Ghettos ihre Referenz erwies, kniete Bundeskanzler Willy Brandt spontan vor dem Mahnmahl nieder. Dieser »Kniefall von Warschau« erhielt sein besonderes Gewicht dadurch, dass Brandt in der Zeit des »Dritten Reiches« selbst Opfer gewesen war und sich nun für sein Land und seine Geschichte zu diesem Schuld eingeständnis bereit fand. Für seine auf Entspannung und Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten ausgerichtete Politik erhielt Willy Brandt im Jahre 1971 den Friedensnobelpreis. Diese Ehrung verhinderte allerdings nicht eine

harte innenpolitische Auseinandersetzung um die neue Ostpolitik, in deren Folge es 1972 nach der Vertrauensfrage zur Auflösung des Bundestages und zu Neuwahlen kam. Das Wählervotum sanktionierte schließlich die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition.

Mit der neuen Ostpolitik war die Bundesrepublik zu einer treibenden Kraft im Entspannungsprozess zwischen Ost und West geworden. Parallel zu den deutschen Aktivitäten fanden Abrüstungsverhandlungen zwischen den Großmächten USA und Sowjetunion statt, wobei Perspektiven von Rüstungsbeschränkungen eröffnet wurden. Dies war für die Bundesrepublik von besonderer Bedeutung, lag sie doch an der hochgerüsteten Nahtstelle zwischen den beiden Paktssystemen des Ost-West-Konfliktes.

Europapolitik und Weltpolitik

Auch im Bereich der Westintegration zeichneten sich im Verlauf der frühen 1970er Jahre weitere Fortschritte ab. So verständigten sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft im Oktober 1970 grundsätzlich auf eine Koordinierung der nationalen diplomatischen Aktivitäten in allen Fragen, welche die Gemeinschaft als Ganzes unmittelbar betrafen – mit der »Europäischen Politischen Zusammenarbeit« (EPZ) war mithin ein erster Schritt hin zur politischen Union Europas vollzogen worden. Weiterhin wurde am 1. Januar 1973 die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um drei weitere Staaten (Dänemark, Irland und Großbritannien) vollzogen, was zugleich den bisherigen Erfolg der europäischen Integrationsbemühungen demonstrierte.

Nachdem es aufgrund der hohen Kosten des Vietnam-Krieges zu einem Handelsbilanzdefizit der USA, damit einhergehend immer wieder zu Abwertung des Dollar und schließlich 1973 zur Aufhebung des Systems fester Wechselkurse auch zwi-



Sichtlich bewegt nimmt Bundeskanzler Willy Brandt (1913 – 1992) am 20. Oktober 1971 im Deutschen Bundestag in Bonn die Glückwünsche seines politischen Widersachers, des CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel (1924 – 2006), entgegen. Barzel war der erste Gratulant, nachdem bekannt geworden war, dass Willy Brandt für seine auf Entspannung und Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten ausgerichtete Ostpolitik den Friedensnobelpreis erhalten sollte.

schen den USA und der Europäischen Gemeinschaft gekommen war, entschloss sich die Europäische Gemeinschaft zur Beibehaltung fester Paritäten zwischen den europäischen Währungen. Damit war die Grundlage für das »Europäische Währungssystem« (EWS) im Jahre 1979 geschaffen worden, das wesentlich durch die enge Absprache zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing zustande kam. Die Einführung einer europäischen Währungseinheit, des »European Currency Unit« (ECU), bildete sodann einen ersten Schritt zur gemeinsamen europäischen Währung.

Auf weltpolitischer Ebene stellten die Ostverträge einen Beitrag zur Entspannungspolitik der 1970er Jahre dar, aus der zahlreiche Abkommen über Rüstungsbegrenzungen sowie intensivere kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zwischen Ost und West resultierten. Einen Höhepunkt der Entspannungspolitik stellte die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahre 1975 dar. Die KSZE verabschiedete die »Schlussakte von Helsinki«, worin 35 Staaten Europas und Nordamerikas zwei Ziele verbanden: Der politische Status quo in Europa wurde garantiert und die Unterzeichnerländer verpflichteten sich zur Einhaltung der Menschenrechte. Dies war insbesondere für oppositionelle Gruppierungen in Osteuropa von erheblicher Bedeutung, konnten sie sich doch nun auf die »Schlussakte von Helsinki« als Grundlage für ihre Forderungen nach mehr politischen Freiheitsrechten stützen.

Einen herben Rückschlag erhielt die Entspannungspolitik jedoch mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979/80. Für die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik war darüber hinaus die ungeklärte Situation der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa, welche in die bilateralen Verhandlungen der Supermächte nicht einbezogen waren, von besonderer Bedeutung. Nicht zuletzt auf die Anregung von Bundeskanzler Helmut Schmidt fasste die

NATO deshalb 1979 den »Doppelbeschluss« über die »Nachrüstung«: Im Westen, und das bedeutete vor allem auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik, sollten neue Mittelstreckenwaffen stationiert werden, falls die Verhandlungen mit der UdSSR über eine beidseitige Abrüstung nicht zum Erfolg führten. Dieses Konzept scheiterte in den folgenden Jahren, da jeweils eine der beiden Weltmächte nicht verhandlungsbereit war. Zunächst lehnte die UdSSR Verhandlungen kategorisch ab, bis Schmidt bei Gesprächen in Moskau im Sommer 1980 eine Lockerung der sowjetischen Haltung erreichen konnte. Nach der Wahl von Ronald Reagan zum neuen US-Präsidenten im Herbst des gleichen Jahres ergab sich jedoch eine neue Blockierung, da dieser zu Kompromissen mit der Sowjetunion zunächst nicht bereit war.

Vor dem Hintergrund, dass sich in der Bundesrepublik ohnehin bereits weltweit die meisten atomaren Waffen pro Quadratkilometer befanden – alle unter der Kontrolle ausländischer Regierungen –, löste der »NATO-Doppelbeschluss« innenpolitisch heftige Kritik aus: Kaum eine zweite außen- und sicherheitspolitische Entscheidung nach 1945 hat im westlichen Europa und namentlich in der Bundesrepublik einen solchen Sturm der Entrüstung entfacht. Vom Sommer 1980 an entstand eine Friedensbewegung, die ihre Höhepunkte bei Großdemonstrationen im Sommer 1981 und 1982 in Bonn fand, an welchen zwischen 200.000 und 500.000 Menschen teilnahmen.

Für die Regierung Schmidt war diese Bewegung auch innerparteilich eine große Belastung, denn unter den Gegnern des »Doppelbeschlusses« fanden sich auch viele Sozialdemokraten. Darüber hinaus stellte sich mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik auch ein bündnispolitisches Problem: Wie würde die US-Regierung, die gerade nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan von einer solidarisierenden Haltung innerhalb der transatlantischen Allianz ausging, die sich formierende Protestbewegung deuten? Kanzler



Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing sind seit Mitte der 1970er Jahre Partner, die in Fragen der europäischen Einigung eng zusammenarbeiten.

Helmut Schmidt hielt am »NATO-Doppelbeschluss« fest, die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen wurde dann unter seinem Nachfolger Helmut Kohl im Herbst 1983 vom Bundestag beschlossen. Die Friedensbewegung zeitigte als Teil der neuen sozialen Bewegungen vom Beginn der 1980er Jahre an die Formierung und Etablierung einer neuen Partei, der Grünen, welche fortan das Parteiengefüge der Bundesrepublik maßgeblich veränderte. Für die Ende der 1980er Jahre eintretenden weltpolitischen Umbrüche, welche auch für die beiden deutschen Staaten elementar werden sollten, war indes der 1985 vollzogene Wechsel an der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausschlaggebend.

Deutsche Wiedervereinigung und europäische Integration

Die vom US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan seit Beginn der 1980er Jahre praktizierte Politik der Stärke brachte einen Rüstungswettlauf in Gang, der für die Sowjetunion volkswirtschaftlich ruinös war. Michail Gorbatschow, 1985 zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählt, leitete vor diesem Hintergrund seine neue umfassende Reformpolitik unter den Leitbegriffen »Perestroika« (Umbau), »Glasnost« (Offenheit) und »Neues Denken« ein. Letztgenannter Begriff bezog sich insbesondere auch auf eine neue Konzeption der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik. Gorbatschow betonte hier das Prinzip der »friedlichen Koexistenz« und begann seit 1987 damit, das weltpolitische Engagement der Sowjetarmee sukzessiv zurückzubauen, wobei der Rückzug aus Afghanistan international besondere Beachtung erfuhr. Dieser neue außenpolitische Kurs unter Gorbatschow stellte weiterhin einen entscheidenden Faktor für den internationalen Wandel 1989/1991 dar, in dessen Rahmen die deutsche Wiedervereinigung stattfinden konnte.

Nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 kommt Bundeskanzler Helmut Kohl das Verdienst zu, die Gunst der

Stunde außenpolitisch durch Verhandlungen mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges genutzt und die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht zu haben. Die mit der Maueröffnung verbundene Entwicklung war allerdings für viele ausländische Beobachter auch mit Ängsten verbunden. Zwar wurde die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze durchweg spontan begrüßt und nicht selten als Triumph westlicher Standfestigkeit gefeiert. Doch schnell überlagerten skeptische Warnungen vor einer übereilten Vereinigung der beiden deutschen Staaten diese erste Reaktion. Die Einzigen, so Helmut Kohl, die mit diesem Gedanken nicht das geringste Problem hatten und die Bundesregierung in jeder Hinsicht unterstützten, waren die Amerikaner.

Großbritannien und Frankreich, zwei der vier Alliierten und zugleich mit der Bundesrepublik Mitglieder der NATO wie der Europäischen Gemeinschaft, hatten dagegen zum Teil erhebliche Zweifel am deutsch-deutschen Vereinigungsprozess. So stellte die britische Premierministerin Margaret Thatcher nach dem Fall der Mauer zunächst wiederholt fest, die Wiedervereinigung stehe nicht auf der Tagesordnung. Der französische Staatspräsident François Mitterrand besuchte noch im Dezember 1989 demonstrativ die DDR – als erstes Staatsoberhaupt der drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, vierzig Jahre nach der Gründung der DDR. Durch diese Symbolpolitik beabsichtigte der französische Staatsoberhaupt eine gezielte Aufwertung der sich reformierenden DDR und eine demonstrative Anerkennung des territorialen Status quo. In der Folge war Mitterrand darum bemüht, Vorsorge dafür zu tragen, dass auch ein wiedervereinigtes und voraussichtlich noch gewichtigeres Deutschland fest in den europäischen Rahmen eingebunden und solchermassen unter französischer Beobachtung blieb. Diese Haltung Mitterrands steht in der Kontinuität der ursprünglichen Perspektive der europäischen Integration, deren »deutschlandpolitische Ratio« der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak in seinem Memorandum an den britischen Premierminister



Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Die Bevölkerung in der ehemaligen DDR dankt es ihm: Auf dem Foto nimmt der Kanzler im September 1990 in Heiligenstadt (Thüringen) ein Bad in der Menge. Acht Jahre später, im Herbst 1998, endet die 16-jährige Amtszeit Kohls. Damit geht eine Ära zu Ende, denn länger als jeder andere Regierungschef hat er die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geführt und ihre Politik geprägt.

Eden im Februar 1956 damit begründet hatte, dass die europäische Integration Deutschland einen Rahmen gebe, in dem seine Expansion begrenzt bleibe. Der Aktualisierung dieser Ratio im Kontext der Herstellung der deutschen Einheit durch Frankreich und fast aller übrigen EG-Mitglieder trug Helmut Kohl Rechnung, als er während der Straßburger Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1989 dem Druck dieser Staaten nachgab und der Einberufung einer Regierungskonferenz im Dezember 1990 zustimmte, wo die Änderung der Römischen Verträge von 1957 durch die Vorbereitung der zweiten und der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingeleitet werden sollte. Dieses Zugeständnis reichte allerdings im fortschreitenden Prozess der deutschen Vereinigung nicht aus, um die europäischen Partner zu beruhigen. Deshalb machte Helmut Kohl diesen ein weiteres Zugeständnis, indem er eine zweite Regierungskonferenz über die Europäische Politische Union parallel zu der über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vorschlug. Beruhigend wirkte die Haltung der Vereinigten Staaten auf die Bedenken der westeuropäischen Verbündeten im Hinblick auf die Herstellung der äußeren Einheit Deutschlands, indem die US-Regierung die Wiedervereinigung unzweifelhaft befürwortete und unterstützte sowie auf die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands bestand. Die fortgesetzte doppelte Einbindung Deutschlands in den europäischen Integrationsprozess und die atlantische Allianz bildete mithin die grundlegende Voraussetzung für die Zustimmung der Westmächte zur Herstellung der äußeren Einheit Deutschlands.

Die Sowjetunion schließlich sprach sich zunächst am entschiedensten gegen die Wiedervereinigung aus. Die von Helmut Kohl mit der Sowjetunion Mitte Juli 1990 erzielte Einigung ließ der (wiedervereinigten) Bundesrepublik in der Frage der Bündniszugehörigkeit freie Hand. Letztgenannte garantierte ihrerseits die Abrüstung der gesamtdeutschen Bundeswehr auf 370.000 Mann und die Finanzierung des

Rückzugs der sowjetischen Truppen aus der DDR. So konnten die Außenminister der Siegermächte und der beiden deutschen Staaten am 12. September 1990 den »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland« – den »Zwei-plus-Vier-Vertrag« – unterzeichnen. Damit war die Nachkriegszeit zu Ende. Der Weg für das Ende der staatlichen Teilung Deutschlands am 3. Oktober 1990 war geebnet.

Der im Vorfeld der Wiedervereinigung festgelegte weitere europäische Integrationsprozess fand im Vertrag von Maastricht im Jahre 1993 seinen Niederschlag. Damit trat die bis dahin umfassendste Reform des europäischen Gemeinschaftsrechts in Kraft. Im Vertrag von Maastricht wurde das integrierte Europa auf drei Säulen gestellt: Neben dem supranationalen Bereich der Europäischen Gemeinschaft wurden eine zwischenstaatliche Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und ein ebenfalls intergouvernementaler Bereich Inneres und Justiz eingerichtet. Damit war auch der europäischen Währungsunion der Weg bereitet, welche am 1. Januar 1999 in Kraft treten konnte.

Der neue Weg

Mit der Wiedervereinigung und der damit einhergehenden Wiederherstellung der vollen nationalen Souveränität beschritt auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einen neuen Weg. Während des Zweiten Golfkrieges im Januar 1991 bestand national wie international noch ein breiter Konsens, wonach eine Beteiligung von Bundeswehreinheiten an den Kampfhandlungen, zumal außerhalb des NATO-Gebietes, nicht in Frage kommen könne. Diese in Politik und Öffentlichkeit dominierende Haltung änderte sich jedoch rasch. Bereits zwei Jahre später sprach sich der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros Ghali, für die volle Beteiligung Deutschlands an sämtlichen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen der Weltorganisation aus. Hierzu schuf das Bundesverfassungs-

Der 2+4 Vertrag

Die wichtigsten Vertragsinhalte

- Das vereinte Deutschland umfasst die Bundesrepublik, die DDR und ganz Berlin
- Die bestehenden Grenzen sind endgültig. Keine Gebietsansprüche Deutschlands gegen andere Staaten. Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze durch deutsch-polnischen Vertrag
- Deutschland bekräftigt sein Bekenntnis zum Frieden und seinen Verzicht auf ABC-Waffen
- Beschränkung der deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann
- Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und Ost-Berlin bis Ende 1994
- Danach dürfen NATO-angehörige deutsche Truppen, aber keine ausländischen Streitkräfte, keine Atomwaffen und keine Atomwaffenträger auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden
- Beendigung der Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes
- Volle Souveränität des vereinten Deutschland

„Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12.9.1990

© Erich Schmidt Verlag

ZAHLENBILDER 58 310

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag – auch »Souveränitätsvertrag« genannt – machte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei. Er wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15. März 1991, dem Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde, mit einer offiziellen Zeremonie in Kraft.

gericht 1994 die rechtlichen Rahmenbedingungen: Nach dem sogenannten Out-of-Area-Urteil ist die Beteiligung der Bundeswehr an humanitären und militärischen Einsätzen auch außerhalb des NATO-Gebiets im Rahmen des atlantischen Bündnisses wie der Vereinten Nationen zulässig, wenn der Bundestag zuvor mit einfacher Mehrheit hierfür seine Zustimmung erteilt hat. Seit dem »Out-of-Area-Urteil« hat sich die Bundeswehr bereits in zahlreichen Auslandseinsätzen militärisch engagiert. Hervorzuheben sind hier insbesondere der NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien 1999, der EU-Einsatz im Kongo sowie die Beteiligung an der NATO-Schutztruppe für Afghanistan.

Im März 1999 beteiligten sich deutsche Kampfflugzeuge im Rahmen einer NATO-Operation an Einsätzen gegen strategische Ziele in Serbien. Nachdem sämtliche diplomatische Mittel ausgeschöpft waren, sollten die schweren Luftangriffe Slobodan Milošević zwingen, seinen Vernichtungsfeldzug gegen die albanische Minderheit im Kosovo einzustellen. Dieser Krieg wurde zwar ohne das Mandat der Vereinten Nationen geführt, doch lenkte Milošević schließlich ein und stimmte dem Friedensplan der führenden westlichen Nationen sowie Russlands zu.

Im Sommer 2006 beteiligte sich die Bundeswehr an einem EU-Einsatz zur Absicherung der ersten freien Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo. Dieser von den Vereinten Nationen mandatierte Einsatz erfolgte auf der Grundlage der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie. Damit setzte sich die Europäische Union eigenständige außen- und sicherheitspolitischen Ziele, welche nach der Uneinigkeit der Europäer im Vorfeld des Irak-Krieges im Frühjahr 2003 nun die Eigenständigkeit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU demonstrieren sollte.

Ihren größten und bislang auch verlustreichsten Einsatz führt die Bundeswehr seit 2002 im Rahmen der Internationalen Schutztruppe (ISAF) in Afghanistan durch. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, als deren Urheber der von Afghanistan aus operierende Osama bin Laden ausgemacht worden war, hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder den Vereinigten Staaten die »uneingeschränkte Solidarität« Deutschlands zugesagt. Über den Einsatz von ISAF hinaus beteiligte sich die Bundesrepublik bislang auch an der von den USA geleiteten Antiterror-Operation »Enduring Freedom«.

●●● BAUSTEIN A

WEGMARKEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK BIS ZUR WIEDERVEREINIGUNG

Die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik war bis zur Wiedervereinigung bzw. bis zum »Zwei-plus-Vier-Vertrag« nicht souverän, sondern stand stets unter dem Vorbehalt politischer Interessen und Entscheidungen der drei westlichen Siegermächte. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich die deutsche Außenpolitik insbesondere durch die Bereitschaft zur Kooperation und zum Multilateralismus aus. Nur auf diesem Wege war es von der Kanzlerschaft Konrad Adenauers an bis hin zur erfolgreichen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten während der Kanzlerschaft von Helmut Kohl möglich, peu à peu die nationale Souveränität gerade auf außen- und sicherheitspolitischem Terrain wiederzuerlangen.

Der einführende **Baustein A** zeigt die Wegmarken bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Wiedervereinigung auf. Die vorgestellten Materialien können zum einen für einen chronologischen Durchgang prägender außen- und sicherheitspolitischer Themen dienen. Zum anderen können die Materialien auch jeweils für sich als Einführung genutzt werden, um daran anknüpfend vertiefend Gegenstände wie etwa den europäischen Integrationsprozess im Unterricht zu behandeln.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Der Einstieg über die Karikatur **A 1** und die Karte zur Spaltung der Welt während des Ost-West-Konflikts (**A 2**) ermöglicht den Schülerinnen und Schülern ein geopolitisches Verständnis von der Spaltung des europäischen Kontinents nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wird auch deutlich, dass diese Spaltung mitten durch Deutschland ging. Die besondere politische Situation der 1949 gegründeten Bundesrepublik vor dem Hintergrund dieser Spaltung wird in der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer (**A 3**) deutlich. Zugleich enthält diese erste Regierungserklärung ein Plädoyer für die Westintegration der Bundesrepublik, wie sie in der Folgezeit von der Regierung Adenauer konsequent betrieben wurde. Die »Teppich-Anekdote« (**A 4**) charakterisiert auf treffende Weise den Behauptungswillen dieser ersten bundesdeutschen Regierung auch auf internationaler Bühne.

Die auf die Frage der Wiedervereinigung bezogenen »Stalin-Noten« von 1952 sorgten für erheblichen innenpolitischen Disput. Strittig war, ob die von der Sowjetunion angeführten Angebote ernst gemeint waren. Die Schülerinnen und Schüler können sich selbstständig über den Gehalt der »Stalin-Noten« informieren und vor diesem Hintergrund die Positionen des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer und von Bundeskanzler Konrad Adenauer (**A 5** und **A 6**) einschätzen. Auf das Schreiben Ollenhauers (**A 6**) sollen die Schüle-

rinnen und Schüler selbst einen Brief entwerfen, wie Kanzler Adenauer wohl geantwortet haben könnte. Das tatsächliche Antwortschreiben Adenauers findet sich auf dieser Seite unten. Wie bedeutsam der im Jahre 1949 gegründete zweite deutsche Staat DDR für die Außenpolitik der Bundesrepublik wurde, bezeugt die »Hallstein-Doktrin«. Die darin enthaltenen Positionen des Alleinvertretungsanspruchs und der Nichtanerkennung der DDR sollten dem Ziel der Wiedervereinigung dienen (A 7).

Die in dem Briefwechsel von Seiten Ollenhauers kritisierten Pariser Verträge wurden von der Paulskirchen-Bewegung, die vor allem von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern getragen war, gleichfalls in Frage gestellt, da sie nach ihrer Auffassung durch die außen- und sicherheitspolitische Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis die Wiedervereinigung äußerst gefährdeten (A 8). Eine Einschätzung der historischen Bedeutung der unter Kanzler Konrad Adenauer vollzogenen doppelten Westintegration wird in den Texten von Helga Haftendorn und Jeremy Rifkin dargelegt (A 9). Die Schülerinnen und Schüler können hierbei auch den friedensstiftenden Sinn des europäischen Einigungsprojektes erfassen, worauf in **Baustein B** noch näher eingegangen wird.

Die erste sozialliberale Koalition leitete einen neuen außenpolitischen Kurs im Verhältnis zu den Staaten Osteuropas ein. Diese neue Ostpolitik unter Kanzler Willy Brandt war maßgeblich durch dessen Staatssekretär Egon Bahr konzipiert worden. Dieser hatte bereits im Jahre 1963 die Formel geprägt, durch welche sich die neue Ostpolitik späterhin auszeichnen sollte: »Wandel durch Annäherung« (A 10). Einen symbolträchtigen Ausdruck des Willens zur Aussöh-

nung und Verständigung mit den Nachbarn im Osten bekundete Willy Brandt im Jahre 1970 durch seinen Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Ghetto (A 11).

Nach einer Phase der internationalen Entspannung verhärtete sich die Situation seit Mitte der 1970er Jahre wieder. Der von der NATO getroffene »Doppelbeschluss« (A 12) führte seit 1979 zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Frage der weiteren Stationierung von amerikanischen atomaren Mittelstrecken in der Bundesrepublik. Die Friedensbewegung (A 13), in welcher auch prominente Schriftsteller wie Heinrich Böll oder SPD-Politiker wie der damalige Saarbrücker Bürgermeister Oskar Lafontaine engagiert waren, stellte einen Teil der neuen sozialen Bewegungen dar, aus denen dann die Grünen hervorgingen.

Die Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei im Jahre 1985 führte zu innen- und außenpolitischen Reformen der Sowjetunion, welche die Voraussetzung für die Öffnung der Mauer durch die DDR-Behörden am 9. November 1989 bildeten. So unverhofft die Möglichkeit zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls kam, so sehr waren zunächst insbesondere auch die westlichen Verbündeten (und Siegermächte) Großbritannien und Frankreich von dieser Möglichkeit irritiert. Die französische Karikatur zum Tag der deutschen Einheit bringt die Befürchtungen jenseits des Rheins zur deutschen Wiedervereinigung zum Ausdruck (A 14). Diese Karikatur kann mit dem Text aus »Le Figaro« (A 15) kontrastiv ins Verhältnis gesetzt werden. Eine britische Position zur scheinbaren »Einverleibung« der DDR durch die Bundesrepublik bringt die Karikatur des »Spectator« zum Ausdruck (A 16).

Am 23. Januar 1955 antwortet Bundeskanzler Konrad Adenauer auf einen Brief des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer (vgl. A 6)

»Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß der Bundesregierung ebenso wie allen Schichten und Ständen des deutschen Volkes die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit das vordringlichste Ziel ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn beide Teile Deutschlands frei in ihrem Handeln wären, diese Vereinigung sich in kürzester Zeit und ohne jede Schwierigkeit vollziehen würde. Aber wir sind nicht frei. Unser Land ist als Folge des verlorenen Krieges von vier Mächten besetzt. Wir müssen, wenn wir richtig handeln wollen, vor allem unsere eigene Lage richtig beurteilen.

Wie Sie in Ihrem Brief richtig schreiben, kann die Wiedervereinigung nur durch die Einigung der vier Besatzungsmächte erfolgen. Es genügt nicht, sich mit der Sowjetunion zu einigen; wir brauchen auch die Zustimmung der drei Westmächte, um zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Es ist in dem Pariser Vertragswerk gelungen,

die drei Westmächte für eine Form der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu gewinnen, die unseren Auffassungen entspricht, nämlich für eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Allerdings ist die Verpflichtung der Westmächte, gemeinsam mit uns die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeizuführen, nicht bedingungslos eingegangen worden; sie ist an die Ratifizierung der Pariser Verträge geknüpft. Es kommt jetzt darauf an, die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer bisher völlig negativen Haltung in der deutschen Frage zu bewegen.

Ihre Auffassung, daß man es 1952 versäumt habe, die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Angebotes zu erproben, ist nicht zutreffend. Dieses sowjetische Angebot wurde von den Westmächten im Einvernehmen mit uns sorgfältig geprüft und mit Gegenvorschlägen beantwortet; die Sowjetunion brach jedoch im September 1952 den Notenwechsel mit den Westmächten ab.«

Quelle: Heinrich von Sieglar (Hrsg.): Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bd. 1, Bonn 1961, S. 275–279

Der Text des deutschen Politikwissenschaftlers Detlef Junker enthält eine Einschätzung der Bedeutung der Vereinigten Staaten für die außenpolitische Annäherung der vorgeblichen »Erbfeinde« Deutschland und Frankreich in historischer Perspektive bis zur Wiedervereinigung (**A 17**). Das besondere Verdienst, welches dem damaligen Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, im Hinblick auf die historische Möglichkeit der deutschen Wiedervereinigung zukommt, können die Schülerinnen und Schüler nach Anregung durch die Karikatur (**A 18**) selbstständig recherchieren. Schließlich können die Lernenden anhand der Bekenntnisse von Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie der deutschen Bischöfe zu einem »europäisierten Deutschland« erkennen, dass die deutsche Wiedervereinigung außenpolitisch letztlich nur durch die weitere Integration Deutschlands in die europäischen Strukturen ermöglicht wurde (**A 19**). Die Karikatur bringt nochmals kontrastiv die mit der deutschen Wiedervereinigung verbundenen Bedenken der europäischen Nachbarn zum Ausdruck (**A 20**).

Die Karte mit den Erweiterungsstufen der Europäischen Union macht den Schülerinnen und Schülern die geschichtliche Bedeutsamkeit der Beendigung des Kalten Krieges nicht allein für Deutschland, sondern für den gesamten europäischen Kontinent augenfällig (**A 21**). Durch ihre Auseinandersetzung mit diesen Materialien vermögen die Lernenden ein Bild von den schwierigen außenpolitischen Rahmenbedingungen und der historischen Dimension der deutschen Wiedervereinigung zu gewinnen, welche in der Folgezeit auch eine Neujustierung der Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands erforderte. Zur Wiederholung der bedeutsamen Wegmarken bundesdeutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung können die Schülerinnen und Schüler abschließend Fotos zu außenpolitischen Ereignissen selbstständig datieren und entsprechenden Begriffen zuordnen (**A 22**).

●●● BAUSTEIN B

AUSSENPOLITISCHE UMBRÜCHE

Die Wiedervereinigung brachte Deutschland die Rückgewinnung der vollen nationalen Souveränität im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Damit verbunden waren in der Folge jedoch auch wachsende Erwartungen der Weltgemeinschaft: Deutschland sollte künftig mehr internationale Verantwortung übernehmen. Das bedeutete insbesondere für den außen- und sicherheitspolitischen Bereich eine Neujustierung. Nachdem die Beschränkungen des Grundgesetzes für Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebiets der NATO im Jahre 1994 vom Bundesverfassungsgericht geändert wurden, kam es im Rahmen des atlantischen Bündnisses zur Beteiligung der Bundeswehr

am Krieg gegen Serbien im Kontext des Kosovo-Konfliktes. Dieser wiederum war Anlass für die in der Europäischen Union integrierten Staaten, ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) fortzuentwickeln (vgl. hierzu Politik & Unterricht, Heft 4/2006: Internationale Beziehungen). Entsprechend nahm die Bundesrepublik auch an dem ersten europäischen Auslandseinsatz in der Demokratischen Republik Kongo zur Absicherung der Wahlen teil. Darüber hinaus ist in Deutschland auch eine Debatte über Werte und nationale Interessen entstanden, welche für die Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich sind bzw. sein könnten. Die (künftigen) Aufgaben der Bundeswehr müssen in diesem Kontext erörtert werden.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Zum Einstieg wird in **B 1** das Spektrum der Auslandseinsätze der Bundeswehr verdeutlicht. Für das Verständnis der politischen Legitimation von Einsätzen der Bundeswehr sind die Kenntnisse hinsichtlich der Begriffe »Parlamentsvorbehalt« sowie »Prinzip der Parlamentsarmee« konstitutiv (**B 2** und **B 3**). Im Text des außenpolitischen Experten Karl Kaiser wird sodann die neue internationale Verantwortung des vereinten Deutschlands hervorgehoben (**B 4**). Hieraus ergab sich für das Bundesverfassungsgericht die Notwendigkeit, das Grundgesetz neu zu interpretieren. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass die Schülerinnen und Schüler im Hinblick auf etwaige Auslandseinsätze der Bundeswehr den Parlamentsvorbehalt und damit die Bundeswehr als »Parlamentsarmee« verstehen.

Eine Zäsur der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bildete sodann der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Operation »Verbündete Kraft« im ehemaligen Jugoslawien (**B 5**). Ziel der bundesdeutschen Außenpolitik war es, durch Luftangriffe auf strategische Ziele im ehemaligen Jugoslawien Slobodan Milošević an der Vertreibung und etwaigen Tötung der albanischen Bevölkerung im Kosovo zu hindern (**B 6**). Zwar war eine UN-Mandatierung dieses Einsatzes aufgrund der Meinungsunterschiede im Weltsicherheitsrat nicht gegeben. Gleichwohl begründete etwa der damalige Außenminister Joschka Fischer die deutsche Beteiligung an diesem Einsatz damit, dass ein zweites Srebrenica verhindert werden sollte (**B 8**).

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich in diesem Kontext auch mit den Ereignissen in Srebrenica 1995 auseinandersetzen (**B 7**). Dabei können sie erkennen, dass in bestimmten historischen Situationen durchaus ein militärisches Eingreifen in Konfliktsituationen geboten sein kann, auch wenn dieses Eingreifen völkerrechtlich nicht durch die Vereinten Nationen mandatiert sein sollte. An dieser Stelle kann insbesondere die Rolle der Moral für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen diskutiert werden, wobei auch der Text von Andrea Böhm (**B 9**) sowie die Karikatur **B 10** einbezogen werden sollten. Der Text macht deutlich, dass es sich bei dem Kosovo-Krieg um einen Präzedenzfall für die internationale wie für die deutsche Politik handelt.

Da die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik – auch vor dem Hintergrund der ursprünglichen Bedenken der europäischen Partner Frankreich und Großbritannien im Hinblick auf die Wiedervereinigung – nur in ihrer Verzahnung mit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden kann, sollen sich die Schülerinnen und Schüler nunmehr mit dem europäischen Auslandseinsatz im Sommer 2006 in der Demokratischen Republik Kongo auseinandersetzen. Die Landkarte mit den Rohstoffvorkommen im Kongo (**B 11**) sowie das Foto **B 12** vermitteln einen geographischen und bildlichen Eindruck des schwarzafrikanischen Staates. Der Einsatz einer vom UN-Sicherheitsrat mandatierten EU-Truppe, die von einem deutschen Generalleutnant befehligt wurde, diente dem Schutz der ersten freien Präsidentschaftswahlen im Kongo. Der eigenständige, das heißt ohne die Hilfe der NATO bzw. der Vereinigten Staaten, durchgeführte Einsatz der EU-Streitkräfte war der erste seiner Art im Rahmen der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (**B 11**).

Allerdings darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass die Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo nicht die mit der von der EU-Truppe geschützten Präsidentschaftswahl verbundenen Erwartungen erfüllen konnte. Das Land, insbesondere die östliche Grenzregion zu Uganda und Ruanda, wird inzwischen wieder von einem Krieg verwüstet, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat. Die Vereinten Nationen wie auch die Europäische Union haben hierfür noch keine adäquate politische Antwort gefunden (**B 12**). Die Schülerinnen und Schüler können angesichts dieser Entwicklung erkennen, wie mühsam und nicht frei von Rückschlägen oftmals Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten ist und dass zu ihrer Durchführung ein langer Atem erforderlich sein kann.

Die Politikkonzeption, wonach deutsche Außenpolitik vornehmlich im europäischen Rahmen agieren sollte, wird auch im Weißbuch 2006 deutlich, das vom Bundesministerium der Verteidigung herausgegeben wurde (**B 13**). Die darin vorgestellten Werte, Interessen und Ziele deutscher Sicherheitspolitik sollen insbesondere in internationalen und supranationalen – sprich europäischen – Institutionen wahrgenommen werden. Aus den Werten, Interessen und Zielen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik leiten sich auch die Aufgaben der Bundeswehr ab.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr – und hier ist insbesondere auch der Einsatz im Rahmen der ISAF in Afghanistan, auf welchen im **Baustein C** näher eingegangen wird, zu nennen – bilden jedoch auch ein Problem für die Finanzierung des Verteidigungshaushalts (**B 14–B 16**). Die Schülerinnen und Schüler können vor diesem Hintergrund erkennen, dass der Gestaltung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – unbeschadet der im Weißbuch 2006 oder in der Europäischen Sicherheitsstrategie formulierten Ziele – ein finanzieller Rahmen gesetzt ist und deshalb nicht alles politisch Wünschbare auch durchsetzbar ist.

●●● BAUSTEIN C

DER ISAF-EINSATZ DER BUNDESWEHR IN AFGHANISTAN

Der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamste Einsatz der Bundeswehr seit ihrem Bestehen stellt die Beteiligung an der NATO-geführten International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan dar, die im Dezember 2001 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatiert und vom Deutschen Bundestag 2002 beschlossen worden war. Zugleich wurde bislang kein Auslandseinsatz der Bundeswehr in der politischen Öffentlichkeit so kontrovers diskutiert. Die Auseinandersetzung mit den Materialien dieses Bausteins ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Konflikt in Afghanistan unter deutscher Beteiligung sowie mit außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen im Kontext der NATO-geführten ISAF-Mission.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Nach der Auseinandersetzung mit Schlagzeilen zum ISAF-Einsatz in Afghanistan (**C 1**) sollen die Schülerinnen und Schüler Grundkenntnisse über die Historie des Landes sowie die politischen Hintergründe des ISAF-Einsatzes erwerben. Den politischen Anlass dieses bislang beispiellosen militärischen Engagements der Bundesrepublik Deutschland bildeten die Anschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten, für welche Osama bin Laden und das Terrornetzwerk al-Qaida verantwortlich gemacht wurden. Das Taliban-Regime in Afghanistan wurde deshalb aufgefordert, Osama bin Laden auszuliefern und al-Qaida des Landes zu verweisen. Als dieser Aufforderung nicht nachgekommen wurde, kam es in Afghanistan zu Kampfhandlungen einer von den USA geführten Allianz, in deren Folge die Taliban besiegt wurden (**C 2 und C 3**).

Die Bundeswehr führt den Einsatz in Afghanistan im Rahmen der NATO-geführten ISAF-Truppe, die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatiert wurde (**C 4**). Die Karte stellt die Regionalkommandos der ISAF unter deutscher Beteiligung vor (**C 5**). Über die Fotos können sich die Lernenden die verschiedenen Ziele des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan erarbeiten (**C 6**).

Olaf Ihlau umreißt sodann auf der Grundlage einer Bilanz des seit 2002 durchgeführten Einsatzes der internationalen Schutztruppe das Spektrum der Probleme, denen sich die ISAF-Mission ausgesetzt sieht: Dieses reicht von anhaltenden militanten Aktionen der Taliban über mangelnden Wirtschaftsaufbau, anarchische Zustände in einigen Provinzen, den Drogenanbau und Drogenhandel bis hin zur Korruption bis in höchsten Regierungskreisen (**C 7**). Trotz dieser Zustände in Afghanistan nach sieben Jahren seit Beginn des ISAF-Einsatzes warnt Verteidigungsminister Franz Josef Jung vor einem Abzug der deutschen Truppen und begrün-

det dessen Notwendigkeit mit der Sicherheit Deutschlands **(C 8)**. In dem Interview mit ISAF-General Domröse werden die Bedingungen für die Befriedung Afghanistans aufgezeigt **(C 9)**.

Eine der größten sicherheitspolitischen Herausforderungen in Afghanistan stellt die Drogenproduktion dar. Afghanistan ist der mit Abstand größte Opiumproduzent der Welt, denn über 90 Prozent des weltweit konsumierten Heroins stammen von hier. Zwar bekämpft die afghanische Regierung inzwischen die Drogenproduktion, indem sie beispielsweise Opiumfelder vernichtet. Doch zugleich ist die Korruption auf allen Ebenen in Afghanistan weit verbreitet. So zählen selbst Regierungsvertreter zu den größten Nutznießern des Drogenanbaus. Die von der Vernichtung der Opiumfelder betroffene Bevölkerung erkennt in diesem Verhalten der afghanischen Politiker eine doppelte Moral. Ansätze für eine »alternative Entwicklung« gehen stattdessen davon aus, dass der Kampf gegen die Armut eine der wirksamsten Strategien zur Drogenbekämpfung darstellt **(C 10)**.

Vor dem Hintergrund der Stellungnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien **(C 11)** können die Schülerinnen und Schüler selbstständig zu einer Einschätzung der unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Positionen bezüglich des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan gelangen. Grundlage dieser Einschätzung kann der Vergleich der Stellungnahmen der Parteien im Hinblick auf die Begründung des ISAF-Einsatzes, die Analyse der Schwierigkeiten

in Afghanistan, die vorgestellten Lösungsansätze zur Behebung dieser Schwierigkeiten und das übergeordnete Ziel des ISAF-Einsatzes in Afghanistan sein.

Für die weitere politische Entwicklung in Afghanistan und damit zusammenhängend für die Zukunft der NATO-geführten ISAF-Mission gehen die Meinungen von politischen Beobachtern stark auseinander. Damit sollen sich die Lernenden abschließend auseinandersetzen. So gelangt der amerikanische Kommentator internationaler Politik, William Pfaff, zu dem Schluss, die NATO schaufle sich in Afghanistan wahrscheinlich selbst ihr Grab **(C 12)**. Die europäischen Mitglieder des atlantischen Bündnisses hätten sich selbst zu einer Hilfstruppe der US-Außenpolitik gewandelt, die seit den Anschlägen vom 11. September 2001 »katastrophal falsch angelegt« sei. Dagegen sieht der ehemalige US-amerikanische Sicherheitsberater und Außenminister Henry Kissinger in Afghanistan »vitale westliche Interessen« in Gefahr. Er betont deshalb die Notwendigkeit, dass noch mehr NATO-Truppen in Afghanistan zum Einsatz kommen. Vor diesem Hintergrund müssten in Zukunft auch deutsche Soldaten im besonders umkämpften Süden des Landes eingesetzt werden. Es dürfe, so Kissinger, keine NATO-Allianz »à la carte« geben **(C 13)**. Die Schülerinnen und Schüler können sich somit zum Abschluss ihrer Auseinandersetzung mit diesem Thema ein politisches Urteil über diese in der politischen Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft kontrovers diskutierte Thematik bilden.

LITERATURHINWEISE

- Bahr, Egon: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 1998.
- Bierling, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München/Wien 1999.
- Bredow, Wilfried von: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.
- Hacke, Christian: Die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Außenpolitik, 2/1998, S. 5 – 26.
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Frankfurt am Main/Berlin 2003.
- Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945 – 2000, Stuttgart 2001.
- Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1999, Paderborn 1995.

- Hellmann, Gunther: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.
- Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2007.
- Link, Werner: Alternativen deutscher Außenpolitik, in: Zeitschrift für Politik, 46/1999, Heft 2, S. 125 – 143.
- Schöllgen, Gregor: Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München 2003.
- Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München, 3. Aufl., 2004.
- Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- Thranhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M., 8. Aufl., 2007.
- Turner, Henry Ashby: Geschichte der beiden deutschen Staaten seit 1945, München 1989.

Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

1-2009

Baustein A Wegmarken deutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung

A 1 – A 9	Wiederaufnahme in die westliche Staatengemeinschaft	16
A 10 – A 11	Wandel durch Annäherung: Die neue Ostpolitik	21
A 12 – A 13	NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung	23
A 14 – A 21	Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands	24
A 22	Bildcollage: Wegmarken deutscher Außenpolitik	27

Baustein B Außenpolitische Umbrüche

B 1 – B 5	Deutsche Soldaten im Ausland	28
B 6 – B 10	Der Kosovo-Einsatz	30
B 11 – B 16	Der Einsatz im Kongo	34

Baustein C Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

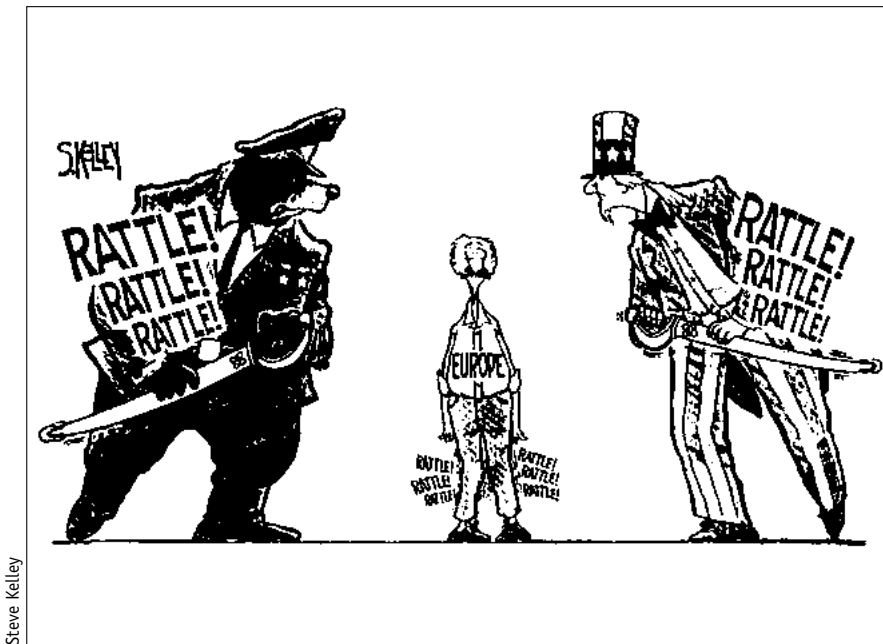
C 1 – C 4	Afghanistan: Kriegerische Geschichte am Hindukusch	38
C 5 – C 6	Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr: Ziviler Aufbau und Friedenssicherung	40
C 7 – C 10	Erfolge und Misserfolge der ISAF-Mission	41
C 11	Stellungnahmen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien	44
C 12 – C 13	Kontrovers diskutiert: Die zukünftige Entwicklung Afghanistans	47

Hinweis: Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wurde.

A • Wegmarken deutscher Außenpolitik bis zur Wiedervereinigung

Materialien A 1–A 22

A 1 Europas Situation 1950



A 2 Der »Eiserne Vorhang«



Nach dem Zweiten Weltkrieg treten die unterschiedlichen Ziele und Interessen der einst gegen Hitler-Deutschland verbündeten Supermächte hervor. Die Neuordnung der Welt führt zur Teilung Europas in zwei feindliche Machtblöcke mit zugehörigen Militärbündnissen: der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes. Die unüberwindbare Grenze, der »Eiserne Vorhang«, geht mitten durch Deutschland.

A 3 Die erste Regierungserklärung Konrad Adenauers am 20. September 1949

Aus der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag am 20. September 1949:

»Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewußt sein, daß Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, daß es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, daß es – und das ist besonders schmerzlich – in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. Unsere Wirtschaft ist im Aufstieg. Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. (...)»

Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören. Wir wollen zu allen Ländern gute Beziehungen (...) unterhalten, insbesondere aber zu unseren Nachbarländern (...). Der deutsch-französische Gegensatz, der Hunderte von Jahren die europäische Politik beherrscht und zu so manchen Kriegen, zu Zerstörungen und Blutvergießen Anlaß gegeben hat, muß endgültig aus der Welt geschafft werden.«

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stenographische Berichte, 5. Sitzung am 20. September 1949, S. 22 ff.

BESATZUNGSSTATUT

Definition

Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland ist nur eingeschränkt souverän. Im Besatzungsstatut, das am 21. September 1949 in Kraft tritt und bis 1955 in Kraft bleibt, behalten sich die drei Westmächte zahlreiche Befugnisse vor. Zu den Befugnissen der Alliierten Hohen Kommission gehö-

ren etwa die Abrüstung, auswärtige Angelegenheiten und der Außenhandel. Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Bundesregierung ist dadurch stark eingeschränkt.

A 4 Die »Teppich-Anekdote«



21. September 1949: Antrittsbesuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer bei den drei Hohen Kommissaren im Hotel Petersberg in Königswinter bei Bonn. Von links nach rechts während der Ansprache Adenauers: John McCloy (USA), André François-Poncet (F) und Brian Robertson (GB).

A 5 Die »Stalin-Noten«

Am 10. März 1952, während der Verhandlungen über den Deutschland- und den EVG-Vertrag, bietet Stalin in einer Note an die Westmächte Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands, den Abschluss eines Friedensvertrages und die Aufstellung nationaler Streitkräfte an. Im Gegenzug fordert er den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb eines Jahres und die Neutralität des vereinten Deutschlands. (...)

Die Westmächte halten die Vorschläge der UdSSR vor allem für ein taktisches Manöver, um die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Sie setzen die Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik fort. Auf die sowjetischen Vorschläge antworten die Westmächte mit der Forderung

nach freien Wahlen, aus denen eine gesamtdeutsche Regierung hervorgehen soll. Sie lehnen eine Neutralisierung Deutschlands ab. Die UdSSR stimmt zwar der Forderung nach freien Wahlen zu, will aber zuvor eine gesamtdeutsche Regierung einsetzen. Außerdem besteht sie auf der Neutralität eines vereinigten Deutschland. Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten wird schließlich im September 1952 ergebnislos abgebrochen. (...)

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (www.hdg.de/lemo)

EVG-VERTRAG UND PARISER VERTRÄGE

Definition

Der Ausbruch des Korea-Krieges (1950–1953) war Anlass dafür, dass die USA und Großbritannien aus Furcht vor einer ähnlichen Entwicklung in Europa auf einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag drängten. Da sich Frankreich, das der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik skeptisch gegenüberstand, diesem Druck auf Dauer nicht entziehen konnte, stellte der französische Ministerpräsident René Pleven im Oktober 1950 selbst einen Plan für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor: Die schon in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, der Keimzelle der heutigen EU) zusammengeschlossenen Staaten Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und die Beneluxländer sollten eine gemeinsame Armee aufstellen. Durch die EVG sollten die Risiken der deutschen Wiederbewaffnung aufgefangen und die europäische Einigung vorangetrieben werden.

Nachdem die EVG im August 1954 in der französischen Nationalversammlung schließlich gescheitert war, suchten die Westmächte zusammen mit der Bundesrepublik eine neue Lösung: Die Pariser Verträge schafften die Voraussetzungen für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organization, NATO). Am 5. Mai 1955 traten die Verträge in Kraft. Bereits vier Tage später wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO und begann mit der Aufstellung eigener Streitkräfte. Allerdings musste die Bundesrepublik auf atomare, biologische und chemische Waffen verzichten und ihre Streitkräfte der NATO unterstellen. Mit Inkrafttreten der Pariser Verträge wurde die Bundesrepublik zugleich souverän: Das Besatzungsstatut wurde aufgehoben, die Alliierte Hohe Kommission löste sich auf, aus den Hohen Kommissaren wurden Botschafter.

A 6 Der Oppositionsführer an den Kanzler

Am 23. Januar 1955 schreibt Erich Ollenhauer, der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag, an Kanzler Adenauer:

»Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist der Überzeugung, daß noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, um vor der Ratifizierung der Pariser Verträge endlich einen ernsthaften Versuch zu unternehmen, auf dem Wege von Vier-Mächte-Verhandlungen die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederherzustellen. Die Erklärung der Sowjetregierung vom 15. Januar 1955 enthält hinsichtlich der in allen vier Zonen Deutschlands und Berlin durchzuführenden Wahlen Vorschläge, die Verhandlungen über diesen Punkt aussichtsreicher machen als während der Berliner Konferenz im Januar 1954. Die Sowjetunion hat in ihrer Erklärung außerdem zum ersten Mal dem Gedanken einer internationalen Kontrolle der Wahlen zugestimmt. (...)

Die Sowjetunion behauptet jetzt also, zu freien und international beaufsichtigten Wahlen bereit zu sein. Ob die Sowjetunion zu diesem Angebot steht und ob mit ihr Vereinbarungen über ein Wahlgesetz getroffen werden können, das in unserem Sinne freiheitlich ist, darf nicht vorweg beurteilt, sondern kann nur in Verhandlungen selbst geklärt werden. Man muß die Sowjetunion jetzt beim Wort nehmen. (...) Man hat es 1952 versäumt, die Ernsthaftigkeit der damaligen Angebote der Sowjetunion zu erproben. Uns jetzt der gleichen Unterlassung schuldig zu machen, würde vor dem deutschen Volk nicht verantwortet werden können.«

Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 478 ff.

A 7 Alleinvertretungsanspruch und »Hallstein-Doktrin«



Bundeskanzler Konrad Adenauer während seiner Regierungserklärung am 7. April 1954 vor dem Deutschen Bundestag. Das westdeutsche Parlament lehnt an diesem Tag einstimmig die Übertragung der Souveränität an die Regierung der Sowjetzone (DDR) durch die Sowjetunion ab. In der Sitzung wird der sogenannte Alleinvertretungsanspruch formuliert. Demzufolge hat nur die Bundesrepublik, nicht die DDR, einen demokratisch legitimized Anspruch, das deutsche Volk zu vertreten. 1955 folgt die »Hallstein-Doktrin«, nach der die Bundesrepublik keine völkerrechtlichen Beziehungen zu Staaten aufnehmen darf (mit Ausnahme der Sowjetunion), die die DDR diplomatisch anerkennen. Mit dem Beitritt der Bundesrepublik und der DDR in die Vereinten Nationen im Jahr 1974 endet diese Entwicklung.

Am 11. Dezember 1955 erläutert der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ministerialdirektor Wilhelm Grewe, in einem Interview mit dem Chefredakteur des Nordwestdeutschen Rundfunks die »Hallstein-Doktrin«.

Ist es richtig, daß (...) die Politik der Bundesregierung dahingehend definiert worden ist, daß sie die diplomatischen Beziehungen mit jedem Staat abbrechen würde, der etwa Pankow anerkennt?

(...) Klar ist – und das haben wir oft genug deutlich gemacht –, daß die Intensivierung der Beziehungen mit Pankow von uns als eine unfreundliche Handlung empfunden wird. Auf unfreundliche Akte anderer Staaten kann man mit verschiedenen gestuften Maßnahmen reagieren, kann entweder seinen Botschafter zunächst einmal zur Berichterstattung zurückberufen, oder man kann auch einen weiteren Abbau einer solchen Mission vornehmen. Kurz, es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die noch vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen liegen. Und es ist klar, daß man einen so schwerwiegenden Schritt wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen immer nur nach sehr reiflicher Überlegung und in einer sehr ernsten Situation tun wird. Aber soviel ist klar, daß diese ganze Frage für uns in der Tat eine äußerst ernste Frage ist und daß in dem Augenblick, in dem das Problem der Doppelvertretung Deutschlands bei dritten Staaten auftaucht, wir wahrscheinlich gar nicht anders können, als sehr ernste Konsequenzen daraus zu ziehen. (...)

Nun könnte natürlich jemand einwenden: Warum stellt ihr keine diplomatischen Beziehungen zu Polen, der ČSR oder den südosteuropäischen Staaten her, nachdem ihr ja solche mit Moskau eingegangen seid?

Ich begrüße es sehr, daß Sie gerade diese Frage stellen, denn (...) in der Tat wird diese falsche Analogie immer wieder ge-

zogen. Wenn wir in Moskau die Tatsache hinnehmen, daß in Zukunft dort neben unserem Botschafter auch ein Botschafter des Pankow-Regimes sein wird, so nur deswegen, weil die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu uns eben eine ganz besondere Stellung einnimmt. Sie gehört zu den ehemaligen vier Besatzungsmächten. Sie gehört zu denjenigen vier Mächten, die die Spaltung Deutschlands durch die Einteilung Deutschlands in militärische Besatzungszonen herbeigeführt haben und die daher auch allein im Zusammenwirken die Einheit Deutschlands wiederherstellen können. Wenn wir die Beziehungen mit Moskau aufgenommen haben, obgleich solche Beziehungen zur »DDR« bestehen, so doch nur mit der Maßgabe, (...), daß diese diplomatischen Beziehungen ein Mittel sein sollen auf dem Wege zur Überwindung der Spaltung und zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Dazu können uns aber diplomatische Beziehungen mit Polen, Ungarn, Rumänien und anderen kommunistischen Staaten nicht verhelfen. Das ist der große Unterschied.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13. Dezember 1955, Nr. 233, S. 1993 f.

A 8 Die Paulskirchen-Bewegung



München im Winter 1954/55: Die Gewerkschaftsjugend, die Teil der »Ohne-Mich-Bewegung« ist, demonstriert gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland.

»Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereint werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.«

Aus dem »Deutschen Manifest« der Paulskirchen-Bewegung vom 29. Januar 1955

A 9 Wiederaufnahme in die westliche Staatengemeinschaft

»Im Gegensatz zu Staaten und Reichen der Vergangenheit, die ihre Wurzeln in Mythen oder heroischen Siegen sahen, ist die EU die erste Mega-Regierungsinstitution der Geschichte, die aus der Asche auferstand. Sie rühmt sich nicht einer noblen Vergangenheit, sondern ist dafür gedacht, zu verhindern, dass Geschichte sich wiederholt. Nach einem Jahrtausend der Kriege und des Blutvergießens schüttelten die europäischen Nationen in weniger als einem halben Jahrhundert die Schatten zweier Weltkriege ab, die ihre Bevölkerung dezimiert, ihre alten Bauwerke und ihre Infrastruktur ruiniert, sie ihres Reichtums beraubt und ihre Lebensart zerstört hatten. Entschlossen, niemals wieder die Waffen gegeneinander zu erheben, suchten die europäischen Nationen nach einem politischen Mechanismus, der sie zusammenbringen und die alten Rivalitäten überwinden würde.«

Jeremy Rifkin: Der europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2004, S. 218 f.

»Die Beteiligung am Prozess der europäischen Integration und die Einordnung in das Atlantische Bündnis versprachen der Bundesrepublik Mitwirkungsmöglichkeiten und Gleichbehandlung. So konnte sie Beschränkungen in Möglichkeiten umwandeln. Die verschiedenen Bundesregierungen entwickelten ein großes Vermögen, die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit zu erkennen, zu akzeptieren und im Interesse ihres Landes zu nutzen. Sie präsentierten die eigenen Ziele und Zwecke in einer Weise, in der die Interessen der Partner integriert wurden, so dass sie dann von diesen akzeptiert werden konnten.«

Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2001, S. 14

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 1–A 9

- ▶ Legt dar, wodurch die politische Situation in Europa im Jahre 1950 gekennzeichnet ist (A 1 und A 2).
- ▶ Bildet Gruppen und recherchiert die Biographien von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) und Oppositionsführer Kurt Schumacher (SPD). Was haben die beiden Politiker gemeinsam, wo gibt es Unterschiede?
- ▶ Mit dem Foto A 4 ist eine Anekdote verbunden. Findet diese heraus und füllt vor diesem Hintergrund die Sprechblasen aus: Was könnten die Hohen Kommissare und Konrad Adenauer gesagt bzw. gedacht haben?

- ▶ Arbeitet die Positionen von Adenauer und Ollenhauer zu den »Stalin-Noten« heraus. Formuliert ein Antwortschreiben Adenauers auf den Brief von Ollenhauer (A 5 und A 6).
- ▶ Erläutert die außenpolitische Funktion der »Hallstein-Doktrin« (A 7).
- ▶ Fasst die Position der Paulskirchen-Bewegung von 1955 zusammen (A 8). Kontrastiert diese mit der Einschätzung der Politikwissenschaftlerin Helga Haftendorn in A 9.
- ▶ Recherchiert den Prozess der europäischen Integration und stellt diesen in einer Übersicht vor (A 9).

A 10 »Wandel durch Annäherung«



Egon Bahr (SPD) leitet von 1960 bis 1966 das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt. Gemeinsam mit ihm entwickelt Bahr außenpolitische Leitgedanken, die die Basis für die spätere Neue Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland bilden. Bahr wird zum Architekten der Ostverträge. Er ist Vordenker und Strategie der Beendigung des Kalten Krieges. Das Foto zeigt Bundeskanzler Willy Brandt und seinen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Egon Bahr, im Dezember 1972 am Kabinetttisch.

Am 15. Juli 1963 hält Egon Bahr ein Grundsatzreferat vor der Evangelischen Akademie in Tutzing. Er formuliert darin die neue Konzeption der deutschen Ostpolitik unter der Devise »Wandel durch Annäherung«:

»Die amerikanische Strategie des Friedens läßt sich auch durch die Formel definieren, daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zur Erstarrung des Status quo geführt hat. Das Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinn stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen. (...)

Die erste Folgerung, die sich aus einer Übertragung der Strategie des Friedens auf Deutschland ergibt, ist, daß die Politik des Alles oder Nichts ausscheidet. Entweder freie Wahlen oder gar nicht, entweder gesamtdeutsche Entscheidungsfreiheit oder ein hartes Nein, entweder Wahlen als erster Schritt oder Ablehnung, das alles ist nicht nur hoffnungslos antiquiert und unwirklich, sondern in einer Strategie des Friedens auch sinnlos. Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. (...) Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan.

Wenn es richtig ist, und ich glaube, es ist richtig, daß die Zone dem sowjetischen Einflußbereich nicht entrissen werden kann, dann ergibt sich daraus, daß jede Politik

zum direkten Sturz des Regimes drüben aussichtslos ist. Diese Folgerung ist rasend unbequem und geht gegen unser Gefühl, aber sie ist logisch. Sie bedeutet, daß Änderungen und Veränderungen nur ausgehend von dem zur Zeit dort herrschenden verhaßten Regime erreichbar sind. (...). Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbar und verantwortbaren Versuchs, die Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen beigetragen. Es ist nicht einzu-sehen, warum es in der Zone anders sein sollte. (...)

Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Regierungserklärung gesagt, sie sei »bereit, über vieles mit sich reden zu lassen, wenn unsere Brüder in der Zone sich einrichten können, wie sie wollen. Überlegungen der Menschlichkeit spielen hier für uns eine größere Rolle als nationale Überlegungen.« Als einen Diskussionsbeitrag in diesem Rahmen möchte ich meine Ausführungen verstanden wissen. Wir haben gesagt, daß die Mauer ein Zeichen der Schwäche ist. Man könnte auch sagen, sie war ein Zeichen der Angst und des Selbsterhaltungstriebes des kommunistischen Regimes. Die Frage ist, ob es nicht Möglichkeiten gibt, diese durch-aus berechtigten Sorgen dem Regime graduell so weit zu nehmen, daß auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird, weil das Risiko erträglich ist. Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Selbstbewußtsein genug haben können, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche Konzept der Strategie des Frieden einpaßt, denn sonst müßten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.«

Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Heft 8/1973, S. 862 ff.

A 11 Warschau: 7. Dezember 1970



Willy Brandt kniet am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmal im einstigen jüdischen Ghetto in Warschau, das den Helden des Ghetto-Aufstandes vom April 1943 gewidmet ist. Brandt erobert mit seinem »Kniefall« die Herzen der intellektuellen Polen und legt damit den Grundstein für die deutsch-polnische Aussöhnung. Am selben Tag, der als Wendepunkt im deutsch-polnischen Verhältnis gilt, unterzeichnet Willy Brandt den Warschauer Vertrag, in dem die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkennt.

Nach dem Richten der Kranzschleife kniete Brandt vor dem Mahnmal nieder. Er verharrte einige Sekunden schweigend, stand auf und ging an der Spitze seiner Delegation weg. Diese ehrfürchtige Handlung Brandts war für die Delegation und die Öffentlichkeit überraschend. International wurde sie als eine Geste zur Versöhnungsbereitschaft gewertet und trug zum Ansehen des Kanzlers und dem der Bundesrepublik bedeutend bei. Für seine Ostpolitik, deren wichtigstes Symbol der Kniefall wurde, erhielt Willy Brandt 1971 den Friedensnobelpreis.

Mehrfach wurde darüber spekuliert, ob Brandt spontan gehandelt habe oder ob das Hinknien ein geplanter symbolischer Akt gewesen sei. Egon Bahr erinnerte sich in ver-

schiedenen Interviews an den Abend des 7. Dezember. Auf den Kniefall angesprochen habe Brandt geantwortet: »Ich hatte plötzlich das Gefühl, stehen reicht nicht!«

Einer SPIEGEL-Umfrage zufolge fanden damals 48 Prozent der Westdeutschen den Kniefall übertrieben, 41 Prozent angemessen, 11 Prozent hatten keine Meinung dazu. In Deutschland kritisierten vor allem die konservative Presse und die CDU Bundeskanzler Willy Brandt. Sie interpretierten seine Geste als »Kniefall« vor dem Warschauer Pakt und seine Ostpolitik als »Verzichtspolitik«. Diese negative Bedeutung ging bei den Gegnern Brandts dauerhaft in den Gebrauch der Redewendung über.

DIE »ODER-NEIßE-LINIE«

Definition

Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 war der Grenzverlauf zwischen Deutschland und Polen geregelt worden. Danach verläuft die Grenze überwiegend entlang der Flussläufe von Oder und Lausitzer Neiße. Im Warschauer Vertrag erkannte auch die Bundesrepublik diese Grenze an und gab somit alle Ansprüche auf die Ostgebiete des Deutschen Rei-

ches auf, die östlich dieser Linie lagen. Im Zusammenhang mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der für die deutsche Wiedervereinigung (3. Oktober 1990) grundlegend war, wurde die Westgrenze Polens entsprechend der Oder-Neiße-Linie endgültig formal anerkannt.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 10–A 11

- Erläutert die Formel »Wandel durch Annäherung«. Wie soll sich nach Auffassung von Egon Bahr (A 10) die Bundesrepublik gegenüber der DDR verhalten?
- In welchem Zusammenhang stehen die Politik des »Wandels durch Annäherung« und der Warschauer Vertrag? (A 10 und A 11)

- Recherchiert die historischen Umstände des Aufstandes im Warschauer Ghetto 1943. Beurteilt vor diesem Hintergrund den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt.
- Diskutiert angesichts des Warschauer Vertrages von 1970 den Begriff der »Verzichtspolitik«.

A 12 Der NATO-Doppelbeschluss

Die Vereinbarungen der USA und der UdSSR zur Begrenzung ihrer nuklearen Rüstung (1972: SALT I, ABM-Vertrag, 1979: SALT II) lassen die für Europa bedeutsamen **Mittelstreckenwaffen** unberücksichtigt.

Ab 1976 ersetzt die UdSSR ihre Raketen vom Typ SS-4 und SS-5 durch moderne SS-20, die ganz Westeuropa erreichen können.

Die NATO fasst daraufhin im Dezember 1979 ihren **„Doppelbeschluss“**:

1. Stationierung nuklearer US-Mittelstreckensysteme in Europa ab Ende 1983 (108 Pershing II als Ersatz für die Pershing Ia + 464 Marschflugkörper - GLCM)
2. Angebot, auch über die gleichgewichtige Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen der UdSSR und der USA zu verhandeln.

Genf, 30. November 1981: Beginn der **Verhandlungen** über die nuklearen Mittelstreckensysteme (INF).

NATO-Doppelbeschluss 1979

Der NATO-Doppelbeschluss ist eines der bestimmenden Themen in der Bundesrepublik Deutschland der frühen 1980er Jahre. Während die Befürworter von einer notwendigen »Nachrüstung« sprechen, sehen die Kritiker darin einen sinnlosen und gefährlichen Rüstungswettlauf.

© Erich Schmidt Verlag

A 13 Die Friedensbewegung



Die Angst vor einem Atomkrieg führt Anfang der 1980er Jahre in vielen westlichen Staaten zur Entstehung einer Friedensbewegung. Ihre Anhänger sind der Meinung, der Rüstungswettlauf der Supermächte habe jedes vernünftige Maß überschritten. Sie fordern von den Regierungen Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung. Weil die beiden deutschen Staaten von einem atomaren Konflikt

zwischen den Supermächten zuerst betroffen wären, stoßen die Forderungen der Friedensbewegung hier auf besonders große Resonanz. In der Bundesrepublik wird die Friedensbewegung im Wesentlichen von den Grünen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie Teilen der SPD getragen. Vertreter dieser Gruppen veröffentlichen im November 1980 den »Krefelder Appell«, in dem die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) aufgefordert wird, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Besondere Wirkung in der Öffentlichkeit erreicht die Friedensbewegung mit den bundesweit organisierten Demonstrationen im Bonner Hofgarten Anfang der 1980er Jahre, an denen insgesamt mehrere Hunderttausend Menschen teilnehmen. Dennoch stimmt die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für den Nachrüstungsbeschluss. Vergeblich blockieren Mitglieder der Friedensbewegung – darunter viele Prominente – monatelang das US-amerikanische Raketenlager Mutlangen in Württemberg, um die Stationierung der Atomraketen zu verhindern.

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
(www.hdg.de/lemo)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 12–A 13

► Recherchiert die politischen Umstände, die zum NATO-Doppelbeschluss führten.

► Erstellt eine Präsentation mit Äußerungen und Bildern von Anhängern der Friedensbewegung (Texte, Lieder, Fotos usw.) und stellt sie der Klasse vor.

► Diskutiert die Forderungen der Friedensbewegung vor dem Hintergrund der politischen Umstände des NATO-Doppelbeschlusses.

A 14 3 Octobre 1990

Jacques Bellenger



Zeichnung von Jacques Bellenger,
Paris, November 1990

A 15 Französische ...

Müssen wir Angst vor Deutschland haben? Nachdem Frankreich zu seiner Wiedervereinigung applaudiert hat, betrachtet es Deutschland mit anderen Augen. (...) Es ist an Deutschland, in Zukunft zu beweisen, dass es trotz seiner wiedergewonnenen Souveränität immer noch europäisch gesinnt ist. Es ist an Frankreich, gleichzeitig zu zeigen, dass es fähig ist, die deutsche Herausforderung anzunehmen, indem es seine Energien mobilisiert. (...) Alle Experten kündigen an, dass die Wiedervereinigung in Kürze ein neues deutsches Wirtschaftswunder bewirkt. Aber warum nicht auch ein französisches Wirtschaftswunder? Es hängt nur

von uns ab. Die Prahlerei der Deutscheindlichen wird uns wie immer nirgendwohin führen. Angesichts dieses Deutschlands im Werden, das wieder lernen wird, mit Inflation und Arbeitslosigkeit zu leben, gibt es nur einen Weg für Frankreich, die anderen »abzuhängen«: seinerseits ein für alle Mal Klassenbester zu werden.

Franz-Olivier Giesbert, in: Le Figaro vom 1. Oktober 1990

A 16 ... und britische Bedenken

Peter Brookes



Zeichnung von Peter Brookes in
»The Spectator« (Großbritannien)
vom 24. Februar 1990

A 17 Die USA und die Lösung des »deutschen Problems«

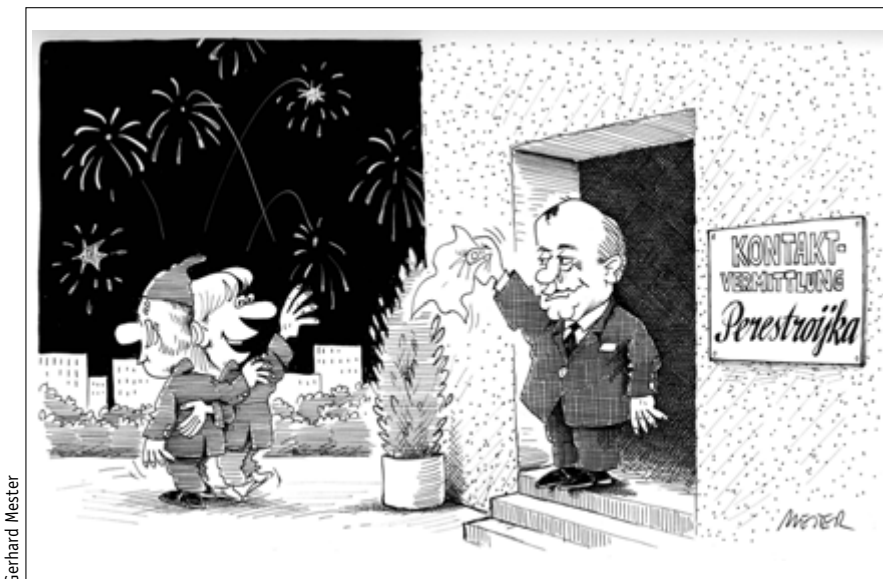
Die Lösung des deutschen Problems gehört zu den größten Erfolgen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert – ein Erfolg, den 1945 niemand voraussehen konnte, als der Zweite Weltkrieg endete und die Bilder von der Öffnung der Konzentrationslager Buchenwald und Dachau in den USA einen elementaren Ekel hervorriefen.

Fast vierzig Jahre war Deutschland integraler Bestandteil der zweifachen Eindämmungspolitik der USA in Kontinental-

europa, nämlich der Eindämmung der sowjetischen und der deutschen Gefahr, verbunden mit dem Willen, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland und der Sowjetunion zu befriedigen, ohne das Land zu einer mit den USA konkurrierenden Hegemonialmacht aufsteigen zu lassen.

Detlef Junker: Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990, Bd. 1, Deutsche Verlags-Anstalt, München, 2001, S. 22

A 18 Gorbatschows Verdienst



Gerhard Mester

A 19 Bekenntnisse zum europäisierten Deutschland

»Wir Deutsche wissen sehr wohl, wie wichtig es ist, bei unseren Nachbarn durch unsere Einigung keine alten oder neuen Sorgen entstehen zu lassen. Wir wollen und werden ihre Empfindungen, mit denen sie unsere Entwicklung begleiten, ganz ernst nehmen (...). Mit unseren Worten und Taten wollen wir die Menschen davon überzeugen, dass eine Einheit nicht nur demokratisch legitim ist, sondern dass sie förderlich für den friedlichen Geist in Europa ist.«

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 15. März 1990 in Prag

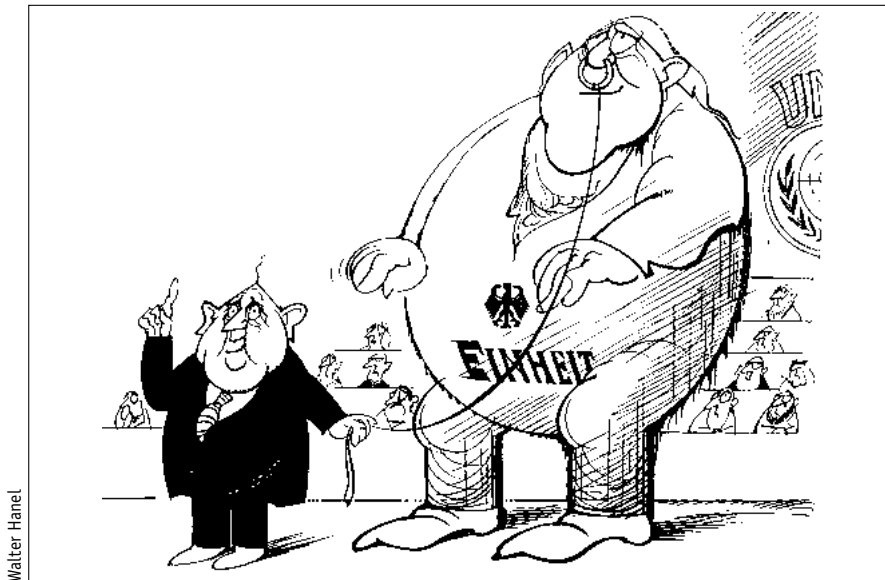
»Überholtes nationalstaatliches Denken kann nicht unsere Sache sein. Das geeinte Deutschland muss seinen Platz in Europa finden. Von Deutschland müssen jetzt kräftige Impulse zur europäischen Zusammenarbeit ausgehen. (...) Eine die Interessen unserer Nachbarn berücksichtigende deutsche Einigung wird für das größere Europa kein Hindernis sein; im Gegenteil, sie fördert und beschleunigt diese Entwicklung.«

Erklärung deutscher Bischöfe zum 1. Juli 1990

»Niemand will (...) die Wiedervereinigung verbinden mit der Verschiebung bestehender Grenzen – Grenzen, die in einem künftigen Europa der Freiheit an Bedeutung verlieren werden (...). In Wahrheit gibt es zwischen deutscher Einheit und europäischer Integration keinen Widerspruch (...). Die Bundesrepublik Deutschland wird daher auch nicht – wie hie und da behauptet wurde – zum »Problemfall« in der Europäischen Gemeinschaft (...). Die Bundesrepublik Deutschland steht ohne Wenn und Aber zu ihrer europäischen Verantwortung – denn gerade für uns Deutsche gilt: Europa ist unser Schicksal!«

Bundeskanzler Helmut Kohl am 17. Januar 1990 in Paris

A 20 »Er wird friedfertig und völlig harmlos sein ...«



Karikatur von Walter Hanel aus dem Jahr 1989

A 21 Europäische Einigung



Der Ursprung der Europäischen Union liegt über ein halbes Jahrhundert zurück. Heute hat die EU 27 Mitgliedstaaten. Das Ende des Kalten Krieges hat das Projekt der europäischen Einigung entscheidend vorangetrieben.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 14–A 21

- ▶ Betrachtet die Karikaturen **A 14** und **A 16**. Welche Bedenken der europäischen Nachbarn gegenüber der deutschen Wiedervereinigung werden dabei zum Ausdruck gebracht?
- ▶ Legt die Konsequenzen dar, die Frankreich im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung aus Sicht des »Figaro« ziehen sollte (**A 15**).
- ▶ Erläutert die Auffassung von Detlef Junker (**A 17**), die Lösung des deutschen Problems gehöre zu den größten Erfolgen amerikanischer Weltpolitik im 20. Jahrhundert.

- ▶ Recherchiert die Haltung der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow zur deutschen Einheit (**A 18**).
- ▶ Verdeutlicht die Rolle Deutschlands in Europa, die in den zitierten Texten sowie in der Karikatur zum Ausdruck kommt (**A 19** und **A 20**).
- ▶ Beschreibt die Folgen der Beendigung des Kalten Krieges für die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses (**A 21**).

A 22 Wegmarken deutscher Außenpolitik



picture-alliance/dpa



ullstein bild - dpa



picture-alliance/dpa



picture-alliance/AGK



picture-alliance/akg-images



picture-alliance/dpa



picture-alliance/obs



picture-alliance/dpa



picture-alliance/dpa

ARBEITSAUFTRÄGE ZU A 22

Die Fotos zeigen zentrale Wegmarken deutscher Außenpolitik von 1945 bis 1990. Bildet in der Klasse Zweier- oder Dreiergruppen. Jede Gruppe behandelt ein Foto. Datiert Euer Foto möglichst genau und informiert Euch über das Ereignis. Präsentiert Eure Ergebnisse vor der Klasse.

Ordnet jedem der Fotos drei Begriffe aus der folgenden Aufzählung zu: **Friedliche Revolution** – **Neue Ostpolitik** – **Nachkriegsnot** – **Luftbrücke** – **Rosinenbomber** – **Tepich** – **Hohe Kommissare** – **NATO-Doppelbeschluss** – **Friedensbewegung** – **Berlin-Blockade** – **Hilfsorganisation** – **Gleichgewicht des Schreckens** – **Besatzungsstatut** – **Wiederaufbau** – **Moskau** – **Mauerbau** – **Aufnahme diplomatischer Beziehungen** – **deutsch-französische**

Freundschaft – **Teilung Deutschlands** – **Chruschtschow** – **Todesstreifen** – **»Erbfeinde«** – **Warschauer Ghetto** – **Fall der Mauer** – **Wiedervereinigung** – **europäische Integration** – **Wandel durch Annäherung**

B • Außenpolitische Umbrüche

Materialien B 1–B 16

B 1 Deutsche Soldaten im Ausland



Deutschland beteiligt sich derzeit mit rund 7.000 Soldaten an einer ganzen Reihe von Einsätzen im Ausland. Das Spektrum der Missionen reicht von humanitären Einsätzen über friedenserhaltende, stabilisierende und friedenserzwingende Operationen bis hin zu Einsätzen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, auch als Beiträge zur Unterstützung von Bündnispartnern.

Seit 1990 wird die Bundeswehr zu friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen außerhalb Deutschlands eingesetzt. Bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung begann eine heftig geführte Debatte über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebietes (»out-of-area-Debatte«). Während sich die damaligen Regierungsparteien CDU und FDP für derartige Einsätze (im Rahmen von UNO-Mandaten) aussprachen, waren SPD und Grüne zunächst dagegen. 1992 änderte die SPD ihre Position. Mit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 unterstützten auch die Grünen derartige Einsätze. Die ersten Einsätze waren 1991 eine Minenräumaktion der Deutschen Marine nach dem Zweiten Golfkrieg im Persischen Golf und 1993 die Entsendung eines Feldlazarett nach Phnom Penh

im Rahmen einer UN-Mission. Es folgten Einsätze in der Adria (Operation Sharp Guard 1992–1996), in Somalia und auf dem Balkan im Rahmen der Einsätze IFOR und SFOR. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Einsätzen nach Maßgabe des Art. 24 Abs. 2 Grundgesetz (also innerhalb von NATO- oder UN-Mandaten) hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1994 geklärt. Darüber hinaus enthält dieses Urteil den Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland.

B 2 Parlamentsvorbehalt

PARLAMENTSVOORBEHALT ...

Definition

... bedeutet, dass alle Entscheidungen, die von substantiellem Gewicht für das Gemeinwesen sind, eine direkte Zustimmung des Parlaments, der Volksvertretung also, brauchen. Diese Entscheidungen dürfen nicht der Entscheidungsmacht anderer Organe der Staatsgewalt anvertraut werden.

Beispiele für den Parlamentsvorbehalt sind die Einschränkung von Grundrechten, das Budgetierungsrecht, das Prinzip der Parlamentsarmee und die Personalentscheidungen bei den zentralen Organen der Staatsgewalt (z. B. Bundeskanzler, Bundestagspräsident).

B 3 Prinzip der Parlamentsarmee**PRINZIP DER PARLAMENTSARMEE****Definition**

Gemäß Artikel 24 des Grundgesetzes – so das Bundesverfassungsgericht – darf die Bundeswehr außerhalb des Territoriums der NATO eingesetzt werden. Das höchste deutsche Gericht sieht aber einen generellen Parlamentsvorbehalt beim Einsatz bewaffneter Streitkräfte vor. Deshalb müssen die Einsätze vom Bundestag genehmigt werden. Man versteht darunter das Prinzip der Parlamentsarmee.

Allenfalls bei Gefahr im Verzug kann die Bundesregierung eine vorläufige Entscheidung treffen, die aber nachträglich vom Parlament genehmigt werden muss. Seitdem wird jeder Einsatz bewaffneter Streitkräfte, der von der Regierung beschlossen wird, in einem aus zwei Lesungen bestehenden Verfahren behandelt – wie beim Gesetzgebungsverfahren.

B 4 Internationale Verantwortung

Die neue internationale Verantwortung des vereinten Deutschlands, das am Ausgang des 20. Jahrhunderts wieder in die internationale Politik eintritt, hat eine völlig andere Grundlage als die vergleichbarer Großmächte wie Frankreich und Großbritannien. (...) Die Destabilisierungstendenzen in der Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und das gewachsene Gewicht des vereinten Deutschlands mit seinem hohen Verflechtungsgrad mit der Weltwirtschaft und -politik stellen für die deutsche Politik eine unausweichliche Herausforderung dar. Dies gilt nicht nur für die globalen Entwicklungen, sondern auch für die europäischen. Denn aufgrund seiner Geschichte sowie seiner geostrategischen

Position im Herzen des Kontinents und an der Bruchlinie zwischen dem ehemaligen Westen und dem ehemaligen Osten wird kein anderes Land Westeuropas in so starkem Maße von den Entwicklungen in dieser Region betroffen. Deshalb kann die größte Demokratie Westeuropas nicht der Verantwortung ausweichen, durch ökonomische, diplomatische und auch militärische Mittel die Durchsetzung der Völkerrechtsordnung mitzutragen.

Karl Kaiser: Das Vereinte Deutschland in der internationalen Politik, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1: Grundlagen, München 1997, S. 8 ff.

B 5 Rückkehr auf die Weltbühne

Im Frühjahr 1999 zogen deutsche Soldaten wieder in den Krieg. Am Abend des 24. März rief Bundeskanzler Gerhard Schröder »alle Mitbürgerinnen und Mitbürger« auf, »in dieser Stunde zu unseren Soldaten zu stehen«. Damit meinte er die Besatzungen der 14 deutschen Luftwaffen-Tornados, die in nahezu 500 Einsätzen die jugoslawische Luftabwehr ausschalten sollten. In der Nacht begann die NATO-Operation »Verbündete Kraft«. Schwere Luftangriffe gegen strategische Ziele in Jugoslawien sollten Slobodan Milošević endlich zum Nachgeben zwingen. Bislang hatte Serbiens Diktator nicht nur alle Vermittlungsversuche des Westens ignoriert, sondern seinen Vernichtungsfeldzug gegen die albanische Minderheit im Kosovo sogar noch intensiviert und damit einen Prozess in Gang gesetzt, der zu

einer der größten Katastrophen auf dem seit Jahren krisengeschüttelten Balkan zu werden drohte. Abend für Abend konfrontierten eindringliche Fernsehbilder die Europäer mit dem Schicksal Zehntausender Zivilisten, die vor der marodierenden serbischen Armee flohen. Die Operationen der Bundeswehr hatten ein relativ geringes militärisches, aber ein erhebliches historisches Gewicht: Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges standen deutsche Soldaten wieder direkt in einem Kampfeinsatz. Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder, der selbst nie eine Uniform getragen hatte, musste den Befehl verantworten.

Gregor Schöllgen: Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München 2003, S. 79

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 1–B 5

- Informiert Euch über die aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr (www.bundeswehr.de).
- Beschreibt mit eigenen Worten, was unter den Begriffen »Parlamentsvorbehalt« und »Parlamentsarmee« zu verstehen ist. Diskutiert Vor- und Nachteile einer »Parlamentsarmee« (B 2 und B 3).

- Erläutert, worin die neue internationale Verantwortung des vereinten Deutschlands besteht. Was meint der Autor in B 4 mit »Destabilisierungstendenzen in der Weltpolitik«?
- Stellt die politischen Hintergründe dar, welche eine Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne erforderlich machten (B 5).

B 6 Der Kosovo-Krieg: Eine Chronik



Der Kosovo heute: Am 17. Februar 2008 erklärte das Parlament in der Hauptstadt Priština mit der Proklamierung der Republik Kosovo die Unabhängigkeit des Territoriums von Serbien. 54 der 192 UN-Mitgliedstaaten, darunter die USA und 20 EU-Staaten, erkennen den Kosovo bisher als unabhängigen Staat an.

1970er Jahre: Innerhalb des Vielvölkerstaates Jugoslawien verschärfen sich die Spannungen im Kosovo zwischen Kosovo-Albanern und der serbischen Minderheit.

1989: Der serbische Präsident Slobodan Milošević schafft die Autonomie des Kosovo ab. Bei bewaffneten Auseinandersetzungen werden mehr als 20 Menschen getötet.

1991: Während des Zerfalls von Jugoslawien wird die »Republik Kosova« proklamiert.

1996: Seit dem Frühjahr führt die Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) Operationen gegen staatliche Einrichtungen durch. Dabei gibt es auch zahlreiche Opfer unter der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung. Die terroristische UÇK kämpft für eine Autonomie der zu 90 Prozent von Albanern bewohnten Provinz. Belgrad und der Westen lehnen dies ab.

1998: Im März unternehmen die serbische Sonderpolizei und Einheiten der jugoslawischen Armee eine Großoffensive gegen die UÇK. Die UN beschließen ein Embargo gegen Jugoslawien. Auch die EU verhängt Sanktionen. Rund 230.000 Menschen – meist Kosovo-Albaner – sind auf der Flucht vor jugoslawischen Truppen. Im August warnt der Weltsicherheitsrat vor einer humanitären Katastrophe. Nach einem Ultimatum der NATO erklärt sich Milošević bereit, seine Truppen aus dem Kosovo abziehen, die Flüchtlinge heimkehren und OSZE-Mitarbeiter einreisen zu lassen.

1999: Im Januar flammen die Kämpfe erneut auf. Bei einem Massaker in Raçak werden über 40 Kosovo-Albaner getötet. Die NATO erneuert ihre Androhungen eines Luftangriffs. Parallel dazu beginnen im französischen Rambouillet Friedensgespräche zwischen der jugoslawischen Führung und den Führern der Kosovo-Albaner. Im März scheitern die Verhandlungen an der jugoslawischen Delegation.

24. März 1999: Die NATO gibt Luftangriffe auf Jugoslawien bekannt. Die »Operation Allied Force« beginnt. Auch deutsche Truppen beteiligen sich an den Luftschlägen. Für sie ist es der erste Kampfeinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem Beginn der Kämpfe werden mehrere Hunderttausend Menschen – meist Kosovo-Albaner – von jugoslawischen Militär- und Polizeieinheiten aus dem Kosovo vertrieben. Sie finden in den Nachbarländern Albanien und Mazedonien Zuflucht. Bis zum 10. Juni 1999 dauert der Krieg zwischen einer von den USA angeführten NATO-Koalition und der Bundesrepublik Jugoslawien.

Bilanz des Krieges: Zu den Opfern auf beiden Seiten gibt es bis heute unterschiedliche und widersprüchliche Angaben. Insgesamt kommen aber mehrere Tausend Menschen ums Leben. Bei NATO-Bombenangriffen werden auch Zivilisten bei versehentlichen Bombardements von Flüchtlingstrecks getötet. Diese und andere Schäden werden verharmlosend »Kollateralschäden« genannt. Durch die Bombardierungen werden große Teile der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur sowie bedeutende Kulturdenkmale zerstört.

Am 9. Juni 1999 einigen sich die NATO und Jugoslawien auf einen Abzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo und auf die Stationierung einer NATO-geführten Friedenstruppe (KFOR) unter UN-Mandat. Die NATO beendet daraufhin die Bombardements. Der Kosovo bleibt formell Bestandteil der Bundesrepublik Jugoslawien und des Nachfolgestaates Serbien (seit 2006). Seit der Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 ist Kosovo ein souveräner Staat. Im Februar 2008 beschließt die EU die Entsendung der Mission EULEX Kosovo, die die rechtsstaatliche Entwicklung des Landes unterstützen soll.

B 7 Schwarzer Schatten von Srebrenica



Es war ein furchtbares Verbrechen: das Massaker von Srebrenica. Auf Geheiß des Serbenführers Radovan Karadžić und seines Generals Ratko Mladić ermordeten fanatisierte Serben im Juli 1995 rund 8.000 bosnische Zivilisten. Die Welt wusste, was geschah – und sah tatenlos zu. (...)

Was sich in Srebrenica in einem fünftägigen Blutausch abspielte, wurde klar, noch während das Gemetzel im Gange war. Ein amerikanisches U2-Aufklärungsflugzeug machte am 13. Juli 1995, zwei Tage nach dem Sturm auf die Stadt, Luftbilder von einem Fußballfeld am Ortsrand von Srebrenica. Das erste zeigt eine Gruppe von etwa 600 jungen Männern auf dem Platz. Auf dem zweiten, wenig später aufgenommen, ist ein leeres Spielfeld zu erkennen – und in der Nähe sieht man frisch umgegrabene Erde. (...)



Der serbische General Ratko Mladić (l.) und der niederländische Kommandeur der Blauhelm-Soldaten Ton Karremans (Mitte) stoßen am 12. Juli 1995, einen Tag nach dem Fall Srebrenicas, miteinander an. Zu diesem Zeitpunkt war der Massenmord an den muslimischen Bosniern bereits angelaufen.

Das 75 Kilometer nordöstlich von Sarajevo gelegene Srebrenica schien sicher. Die Bergbaustadt lag in einer von fünf UNO-Schutzonen, die die UN 1993 im Kriegsgebiet ausgerufen hatte. Rund 500 Blauhelm-Soldaten aus den Niederlanden waren seit gut einem Jahr bei Srebrenica stationiert, um den »safe haven« zu schützen und Bürgerkriegsflüchtlingen einen Zufluchtsort zu bieten. Doch die Serben interessierte das Konzept der Schutzonen wenig; ihnen kam sogar entgegen, dass sich ihre Opfer dort konzentriert versammelten. (...)

Am 11. Juli 1995 besetzten serbische Milizionäre das Rathaus. Dann brach die Hölle über Srebrenica herein. »Es wird ein Fest werden, dann reicht das Blut bis zu den Knien«, soll Eroberer Mladić gesagt haben, als er die Stadt betrat. Ob diese Worte so fielen oder nicht – der Gewaltexzess, der folgte, war ungeheuerlich.

In einer Zinkfabrik im Vorort Potočari pferchten die serbischen Eroberer gefangene Zivilisten zusammen. Am frühen Morgen des 13. Juli wurden die Internierten zu Bussen und Lkw getrieben, um angeblich nach Tuzla evakuiert zu werden. Doch besteigen durften die wartenden Wagen nur Frauen und Kinder – die Männer wurden separiert. (...) Die meisten dieser Männer wurden kurz darauf ermordet.

Endlose Trecks Fliehender zogen in den nächsten Tagen durch das unwirtliche Ostbosnien in dem verzweiferten Versuch, den muslimisch kontrollierten Teil Ex-Jugoslawiens bei Tuzla zu erreichen; zumeist Männer, die der Selektion entkommen konnten. Doch Tausende wurden abgefangen und an Ort und Stelle liquidiert, andere aus dem Hinterhalt mit Mörsern, Maschinengewehren und sogar Flugabwehrgeschützen abgeschlachtet. Bis heute werden entlang dieser Routen Schädel, Stiefel oder Kindermützen gefunden.

Die Rolle der Blauhelme in den Tagen nach der Einnahme Srebrenicas wurde zu einem der dunkelsten Kapitel der Geschichte des Balkankrieges. Ausführliche Untersuchungen belegten später, dass die niederländischen Soldaten zwar in Einzelfällen auch halfen, insgesamt aber eine katastrophale Rolle spielten: Schutzsuchende wurden abgewiesen, gegen Gräueltaten wurde nicht eingeschritten. Es kam im Gegenteil zu Verbrüderungen zwischen Serben und »Dutchbat«-Soldaten – und sogar zur Beteiligung von Niederländern bei der Selektion von Bosniern. Zum Symbol des Versagens wurde ein Foto, auf dem sich UNO-Befehlshaber Oberst Ton Karremans und General Mladić zuprosteten. In den Gläsern sei Wasser gewesen, kein Sekt, rechtfertigte sich Karremans später.

SPIEGEL ONLINE vom 22. Juli 2008. Hans Michael Kloth: Schwarzer Schatten von Srebrenica, in: <http://einestages.spiegel.de/external/ShowAlbumBackgroundPrint/a2415.html>

B 8 »Es gab nie eine Alternative«



Eine bosnische Muslimin trauert über einem der Särge in der Potočari-Gedenkstätte in Srebrenica während der Beisetzung von 308 Opfern des Völkermords: Es ist der 13. Jahrestag des Massakers von Srebrenica. Der als Kriegsverbrecher angeklagte ehemalige bosnische Serbenführer Karadžić steht nach zwölf Jahren auf der Flucht nun vor Gericht und muss sich vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verantworten.

Im Juni 1999 rechtfertigte Außenminister Joschka Fischer (Grüne) die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Die Debatte um die Legitimation des Krieges haben Sie hoch moralisch geführt: »Nie wieder Auschwitz.« Mussten Sie innere Zweifel übertönen, ob es ein gerechter Krieg ist?

Hoch moralisch sind die Debatten um Krieg und Frieden immer geführt worden, so zum Beispiel über die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg. Auch die Debatte um den Kolonialkrieg in Vietnam war hoch moralisch. Jahrzehnte später erst haben Verantwortliche der USA den furchtbaren Irrtum erkannt. (...)

Eine Grundfrage lautet: Darf denn die NATO anderen Völkern westliche Werte mit Gewalt aufzwingen?

Menschenrechte, sind das denn nur westliche Werte?

So wird das von manchen Staaten empfunden.

Was unterschreiben eigentlich die Länder, wenn sie der UNO beitreten? Die UNO-Charta ist für mich kein westlicher Wert. Wenn ein Massenmord am eigenen Volk verhindert werden soll, wie in Kambodscha, wenn das Mittel der Vertreibung eines ganzen Volkes zur Korrektur politischer Landkarten führt, dann geht es um elementare Werte. Wie sollen denn sechs Milliarden Menschen friedlich miteinander leben, ohne ein allseits akzeptiertes Wertefundament?

Während des Krieges kamen Ihnen auch keine Zweifel angesichts der zivilen Opfer und der Schäden für das Land?

Nein, ich war mir immer sicher: Europa kann nicht akzeptieren, dass Milošević siegt, mit fatalen Folgen auch für die Nachbarländer. Viele unschuldige Opfer sind zu beklagen, aber die Verantwortung liegt bei Milošević.

Die NATO hat gebombt, das Land verwüstet und Zivilbevölkerung getroffen.

Das ist eine wirklich merkwürdige Argumentation. Milošević trägt die Verantwortung dafür, dass allein in Bosnien über 200.000 Menschen in Massengräbern liegen; und gerade werden im Kosovo neue Opfer ausgegraben. In Kriegen sind immer auch Unschuldige die Opfer. Die Bomben der Alliierten haben vor allem die deutsche Zivilbevölkerung getroffen, nicht aber Hitler und die braune Kamarilla. Eine ähnliche Situation haben wir jetzt wieder erlebt. (...)

Gehört also der Krieg wieder zum Repertoire in der deutschen Außenpolitik?

Im Gegenteil, aber jeder, der auf eine Politik der ethnischen Kriegsführung setzt, wird sich das in Zukunft doppelt und dreifach überlegen. Wir haben den Krieg mit einer Mischung von Militärschlägen aus der Luft, politischer und moralischer Entschlossenheit und letztlich auch der Klugheit und Intelligenz der Diplomatie gewonnen. Aber solche Konstellationen lassen sich nicht beliebig wiederholen. Prävention muss die Zukunft bestimmen. (...)

Die Deutschen haben sich ausgerechnet am Übergang zur Berliner Republik erstmals seit 1945 an einem Krieg beteiligt. Ein problematisches Vorzeichen?

Im Gegenteil. Die Berliner Republik ist nur ein neues Kapitel in ein und demselben Buch, dem Buch der deutschen Demokratie. Deren Fundamente werden immer mit dem Namen Bonn verbunden bleiben. Nach meinem Eindruck haben heute unsere Nachbarn weniger Angst denn je vor diesem vereinigten Deutschland.

Der SPIEGEL Nr. 25 vom 21. Juni 1999, S. 35 f.
(Interview: Jürgen Hogrefe, Paul Lersch, Stefan Aust)

B 9 War der Krieg falsch?

picture-alliance/dpa

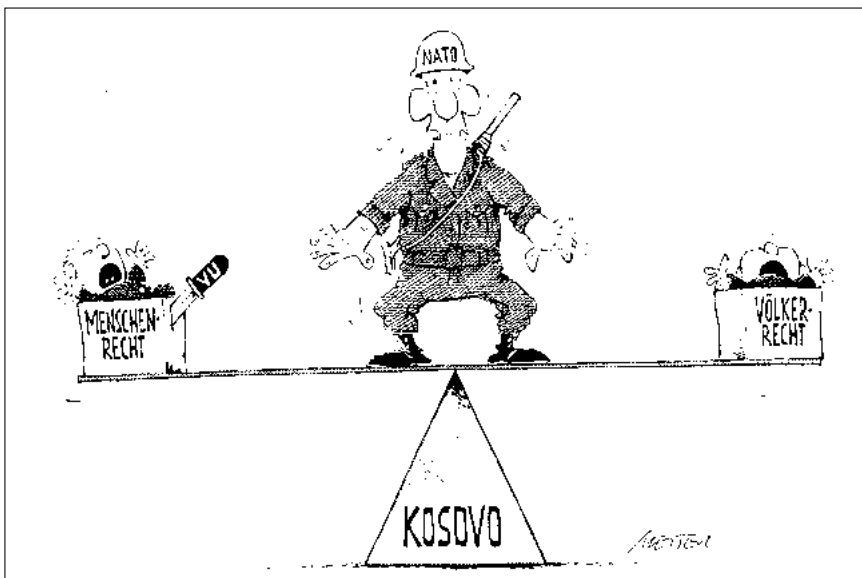
Von einem Farbbeutel getroffen fasst sich Bundesaußenminister Joschka Fischer am 13. Mai 1999 auf einem Sonderparteitag der Grünen in Bielefeld ans Ohr. Fischer war von einem Demonstranten mit einem Farbbeutel beworfen und als »Kriegshetzer« beschimpft worden.

Das Kosovo bleibt ein Präzedenzfall für die internationale wie für die deutsche Politik. Es war der erste Krieg in der

Ära der humanitären Intervention, dessen Anhänger die Moral über das Recht stellten, stellen mussten, weil ein UN-Mandat nicht zu haben war. Das ist per se nicht verwerflich, aber im Fall des Kosovos zwang es die Kriegspartei zur moralischen Selbstüberhöhung. Das galt für kein Land mehr als für Deutschland. Deutschland hat sich in diesen Krieg hineingelogen mit »Hufeisen«-Plan und »Nie wieder Auschwitz«-Parolen (...). Die Analogie zum Holocaust wirkte umso überzogener, als kein Mitglied der NATO, auch nicht Deutschland, bereit war, mit dem wirksamsten Mittel, nämlich Bodentruppen, auch nur zu drohen. (...)

War der Krieg falsch? Wahrscheinlich nicht. Wahrscheinlich hat die Intervention der NATO Schlimmeres verhindert (...). Aber die Art der Kriegführung war falsch. Humanitäre Interventionisten, die Streubomben abwerfen, Brücken bombardieren und zivile Opfer als »Kollateralschaden« verbuchen, sind eben nicht mehr humanitär. Sie machen sich schuldig. Was umso problematischer ist, wenn sie kurz darauf die NATO-Flagge durch die EU-Flagge ersetzen und als zivile Friedensmacht wieder auftauchen, ohne ihre eigene Rolle in diesem Krieg zu hinterfragen.

Die ZEIT vom 21. Februar 2008 (Andrea Böhm)

B 10 Balanceakt

Gerhard Mester

»Zwar wurde der Krieg ohne Mandat der Vereinten Nationen geführt, doch heiligte das Ziel die Mittel, zumal das Kalkül der NATO nach einem mehr als siebzigtägigen Bombardement aufging: Milošević lenkte ein.«

Gregor Schöllgen: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl, München 2004, S. 220

ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 6–B 10

- Fasst den Grundkonflikt im Kosovo zusammen (**B 6**).
- Erläutert die Position von Außenminister Joschka Fischer zur Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (**B 8**). Diskutiert diese Position vor dem Hintergrund der Ereignisse in Srebrenica im Jahre 1995 (**B 7**).

- Informiert Euch über die Begriffe »humanitäre Intervention«, »Hufeisen«-Plan und »Nie wieder Auschwitz«-Parolen. Legt die Kritik von Andrea Böhm an dem Krieg der NATO um den Kosovo dar (**B 9**).
- Setzt die Karikatur mit dem Zitat (**B 10**) in Beziehung. Worin besteht der Balanceakt der NATO im Krieg um den Kosovo?

B 11 Demokratische Republik Kongo: Eine Chronik



Die Demokratische Republik Kongo (von 1971 bis 1997 Zaïre) liegt in Zentralafrika. Der Fläche nach ist sie der drittgrößte, der Bevölkerung nach (ca. 66 Millionen Einw.) der viertgrößte Staat Afrikas. Der Fläche nach ist der afrikanische Staat 6,6-mal so groß wie Deutschland.

1960 – 2002 Verheerender Bürgerkrieg

Die Kolonie Kongo wird 1960 von Belgien unabhängig. In der Folge kommt es jedoch zu einem Bürgerkrieg, an dem auch westliche Staaten beteiligt sind. 1961 wird Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des Kongo, unter noch nicht geklärten Umständen ermordet. Von 1965 bis 1997 beherrscht Joseph Mobutu, durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, das Land in einer grausamen Diktatur. Ihm folgt von 1997 bis 2001 Laurent Kabila, Vater des heute amtierenden Präsidenten Joseph Kabila. Laurent Kabila regiert bis zu seiner Ermordung. 2002 kommt es zum Abzug der ausländischen Truppen aus dem Land. Die Hilfsorganisation

International Rescue Committee schätzt, dass in diesem Bürgerkrieg etwa vier Millionen Menschen getötet wurden – der höchste Blutzoll seit dem Zweiten Weltkrieg.

2005: Per Referendum nehmen die Kongolesen eine neue Verfassung an

2006: Im Juli finden die ersten freien Wahlen im Kongo statt. Um sicherzustellen, dass diese Wahlen frei und fair stattfinden, sind etwa 2.000 internationale Wahlbeobachter aus der ganzen Welt entsandt worden, insbesondere aus Afrika. Um den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahlen abzusichern, hatten die UN im Dezember 2005 die EU gebeten, die im Kongo stationierte UN-Peacekeeping-Mission MONUC mit europäischen militärischen Kräften für den Zeitraum der Wahlen zu unterstützen.

Die auch auf ausdrückliche Einladung der kongolesischen Regierung entsandte EU-Truppe EUFOR RD Congo hatte vor allem das politische Ziel, die Wahlverlierer davon zu überzeugen, dass eine Nichtakzeptanz des Wählerwillens von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden würde. Die EU-Truppe wurde von dem deutschen Generalleutnant Karlheinz Vierneck geleitet. Die Wahlen konnten ohne größere Zwischenfälle durchgeführt werden. Joseph Kabila wurde zum Präsidenten gewählt.

2006 – 2009 Erneuter Bürgerkrieg und prekäre Sicherheitslage

Nach Abzug der EU-Truppe blieb die Sicherheitslage im Kongo jedoch äußerst instabil. Seit Sommer 2007 herrscht in der rohstoffreichen Region Kivu im Osten des Landes wieder ein grausamer Bürgerkrieg, unter dem vornehmlich die Zivilbevölkerung zu leiden hat. Zwar konnte der Milizenführer Laurent Nkunda, dem grausame Menschenrechtsverbrechen, Massenmorde, Folter sowie der Einsatz von Kindersoldaten vorgeworfen werden, im Januar 2009 verhaftet werden. Die Lage für die Bevölkerung vor allem im Osten des Landes bleibt jedoch prekär.

ARBEITSAUFGÄBE ZU B 11 – B 12

- ▶ Fasst zusammen, auf welche Weise und mit welchem konkreten Ziel sich die deutsche Außenpolitik für die Verbesserung der politischen Situation im Kongo in der jüngsten Vergangenheit einsetzte (**B 11**).
- ▶ Informiert Euch, wie das Auswärtige Amt sich gegenwärtig für die Menschen im Kongo, die unter den Kämpfen im Osten des Landes leiden, engagiert (www.auswaertiges-amt.de).

- ▶ Erläutert, auf welche Weise der Wirtschaftswissenschaftler und Experte für afrikanische Wirtschaftspolitik Paul Collier Verbesserungen für die Lage der Menschen im Kongo erreichen möchte (**B 12**).
- ▶ Recherchiert bei der Menschenrechtsorganisation amnesty international (www.amnesty.de) die aktuelle Lage der Zivilbevölkerung im Osten des Kongo.

B 12 Der afrikanische Weltkrieg



picture-alliance/dpa

Flüchtlingseend in der Demokratischen Republik Kongo: Das zentralafrikanische Land kommt trotz immer wieder vereinbarter Waffenstillstände nicht zur Ruhe. Weiterhin sind Tausende von Menschen auf der Flucht vor Rebellen Gruppen. Durch Misswirtschaft, Bürgerkrieg und Korruption ist die Verwaltung und Infrastruktur des Landes fast völlig zerfallen. Die territoriale Souveränität des Kongo ist insbesondere im Osten des Landes nicht mehr gegeben. Zahlreiche Rohstoffe der dortigen Provinzen werden von den Nachbarländern Uganda, Ruanda und Burundi ausgebeutet. Aufgrund ihrer Instabilität wird die DR Kongo auch als zerfallender Staat bezeichnet.

Vorerst ist man bei den Vereinten Nationen und in der Europäischen Union viel zu sehr mit internationaler Krisenpolitik beschäftigt, um der Frage nachzugehen, wie das »Projekt Kongo« einen so drastischen Rückschlag erleiden konnte. Noch im Sommer 2006, als UN, EU und Tausende kongolesischer Helfer das Wunder von halbwegs ordentlichen und freien Wahlen vollbrachten, galt das kriegszerüttete Land als aussichtsreicher Kandidat für Befriedung und Wiederaufbau – und damit als potenzieller Erfolg der internationalen Gemeinschaft. Die UN haben hier mit 17.000 Blauhelmen ihre größte Friedensmission stationiert. Die EU will sich und der Welt hier beweisen, dass auch unter widrigsten Umständen in Afrika möglich ist, was sie im kleinen Rahmen im Kosovo versucht: den Aufbau eines Staatswesens mit professioneller Armee, Justiz und demokratisch gewählter Regierung. Zwei Jahre und mehrere Milliarden Dollar später hat die gewählte Regierung in Kinshasa keine Kontrolle über das Land; die kongolesische Armee ist weniger eine Gefahr für Rebellen als für die eigene Bevölkerung; die Blauhelme versagen bei ihrer ureigensten Aufgabe, dem Schutz der Zivilisten. Und die taumeln im Ostkongo seit nunmehr einem Jahrzehnt von einer Krise in die nächste.

Ein solch desaströses Resümee verleitet zu einem vernichtenden Urteil: Die Europäische Union hat sich (mal wieder) verhöhnt; die Vereinten Nationen haben sich (mal wieder) blamiert, und der Kongo hat (mal wieder) seine Resistenz gegen Hilfe von außen bewiesen. Das klingt einfach, stimmig und passt zum wachsenden Misstrauen der deutschen wie europäischen Öffentlichkeit gegen Krisenintervention aller Art – egal, ob in Kabul oder Kinshasa. Bloß gibt dieses Urteil keine Antwort auf die Frage »Was folgt nun?«.

Was folgt nun? Die Frage ist ja noch keineswegs beantwortet. Fragile oder gescheiterte Staaten sich selbst zu überlassen ist weder eine sicherheitspolitische noch eine

ethisch vertretbare Option. Langfristig umschalten, sagt [Weltbankökonom Paul] Collier, weg von der Fixierung auf zentralstaatliche Strukturen. Seine Version für den Kongo? Den Ministerien in der Hauptstadt die Hilfsgelder für den Aufbau der völlig zerstörten Grundversorgung nehmen und sie zu geeigneten lokalen Akteuren umleiten. Das könnten Kirchen sein, private Unternehmer, lokale oder regionale Verwaltungen, Stammesräte, Nichtregierungsorganisationen.

Dieser Ansatz, der so ähnlich auch schon für Afghanistan diskutiert wird, ist kleinteilig und unendlich mühselig. Er eignet sich schlecht für schnelle Erfolgsmeldungen in Washington, Brüssel, Paris oder Berlin, und er erfordert auf Seiten der internationalen Gemeinschaft Personal mit langem Atem und exzellenter Landeskenntnis. Und trotzdem: »Think locally, when you act globally« – dieser umgewandelte Slogan der Umweltschutzbewegung könnte zum neuen Motto internationaler Friedens- und Aufbaumissionen werden.

Sollte diese Reform des internationalen Krisenmanagements im Kongo ihren Anfang nehmen, wäre das, historisch betrachtet, durchaus folgerichtig. Der Kongo war und ist seit über hundert Jahren Schauplatz weltweiter Zäsuren. Hier errichtete der belgische König Leopold II. im 19. Jahrhundert auf seinen Kautschukplantagen den ersten Gulag, hier starteten Missionare und Journalisten die erste moderne Menschenrechtskampagne, hier herrschte dreißig Jahre lang der Welt größter Kleptokrat, Mobutu Sese Seko. Im Kongo unternahm die UN 1960 ihren ersten robusten Blauhelmeinsatz, verwirklichte die EU 2003 ihre erste Militärmission außerhalb Europas. Hier wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob ein weltweites Krisenmanagement nicht nur auf dem Finanzmarkt, sondern auch bei den Kriegen einen entscheidenden Schritt nach vorn macht.

Die ZEIT vom 13. November 2008 (Andrea Böhm)

B 13 Deutsche Sicherheitspolitik

Das Grundgesetz setzt mit dem Auftrag zur Wahrung des Friedens, zur Einigung Europas, zur Beachtung und Stärkung des Völkerrechts, zur friedlichen Streitbeilegung und zur Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit unverändert gültige Orientierungspunkte.

Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren, insbesondere:

- ▶ Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren und sie vor Gefährdungen zu schützen,
- ▶ die Souveränität und die Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern,
- ▶ regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, wenn möglich vorzubeugen und zur Krisenbewältigung beizutragen,
- ▶ globalen Herausforderungen, vor allem der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu begegnen,
- ▶ zur Achtung der Menschenrechte und Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beizutragen,
- ▶ den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen.

Deutsche Sicherheitspolitik ist multilateral angelegt. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

tritt Deutschland für einen wirksamen Multilateralismus ein. Kein Staat der Welt kann heute alleine für seine Sicherheit sorgen. Deutschland nimmt daher seine sicherheitspolitischen Interessen vor allem in internationalen und supranationalen Institutionen wahr und gestaltet deren Politik aktiv mit.

Die Aufgaben der Bundeswehr leiten sich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben aus dem Auftrag und den Zielen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Aufgaben der Bundeswehr sind

- ▶ internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus,
- ▶ Unterstützung von Bündnispartnern,
- ▶ Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung,
- ▶ Rettung und Evakuierung,
- ▶ Partnerschaft und Kooperation,
- ▶ Subsidiäre Hilfeleistungen.

Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2006

B 14 Die Armee, die nicht verweigern darf

Als »ganz ganz große Ausnahme« wollte der rot-grüne Außenminister Joschka Fischer den Kosovo-Krieg der NATO verstanden wissen. Mit ihm war Ende der neunziger Jahre das ganze Einsatzspektrum der Bundeswehr ausgelotet – theoretisch. Aber erst der 11. September 2001 und der beginnende Kampf gegen den Terrorismus machte den Globus zum schier grenzenlosen Aufmarschgebiet auch für die Bundeswehr. Es war der Verteidigungsminister Peter Struck, der 2002 erklärte, Landesverteidigung im traditionellen Sinne sei kein realistisches Einsatzszenario mehr. Künftig, so Strucks berühmte Formulierung, werde die deutsche Sicherheit »auch am Hindukusch« verteidigt. Flapsiger ließ sich der sicherheitspolitische Epochenbruch kaum formulieren. Nach dem 11. September verbindet sich beides: das Recht zur Selbstverteidigung gegen terroristische Bedrohung und das politisch-moralische Kalkül, das in den Krisenregionen Lebensverhältnisse herstellen will, in denen der Terrorismus keinen Nährboden mehr findet. (...)

Im Rahmen von NATO- und EU-Eingreiftruppen wird die Bundeswehr schon bald für weltweite schnelle Kriseneinsätze zur Verfügung stehen. Innerhalb weniger Tage. Was bedeutet angesichts solcher Verpflichtung das Versprechen aus dem Weißbuch, man werde vor jeder deutschen Militär-

beteiligung »immer wieder eine eingehende Betrachtung« anstellen, »inwieweit die entsprechenden Krisen und Konflikte tatsächlich eine Gefährdung für die Staatengemeinschaft darstellen«? Solche Deklamationen werden künftig immer unangemessener. Und noch eine andere heimliche Doktrin deutscher Militäreinsätze wird künftig wohl fallen. Denn die neuen Eingreiftruppen werden für Einsätze »hoher Intensität« aufgestellt. Es ist eine technisch klingende Beschreibung für etwas äußerst Untechnisches: Krieg.

Damit wäre der letzte Schritt der Bundeswehr auf dem Weg in die neue Einsatznormalität gegangen. Deutschland verfügt jetzt über die ganze Souveränität. Seine Bundeswehr hat alle Freiheiten für Einsätze überall. Was nun droht ist Beliebigkeit. Und Überforderung.

Die ZEIT vom 27. Juli 2006 (Matthias Geis)

B 15 Mehr Geld für Auslandseinsätze?

Gute Leute zu bekommen, wird für die Bundeswehr immer mehr zu einem Problem. Dabei ist »motiviertes und qualifiziertes Personal Voraussetzung und Schlüssel für die Einsatzfähigkeit« der Armee, schreibt Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan im Entwurf für seinen Bundeswehrplan 2009. (...)

Der Plan hebt die »besondere Bedeutung« der Wehrpflicht hervor. Sie werde jedoch nur akzeptiert, wenn gleichzeitig für Einberufungsgerechtigkeit gesorgt werde. Deshalb habe Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) angeordnet, auch 2009 die Zahl der Einberufungen um 5.000 auf 35.000 zu erhöhen. (...)

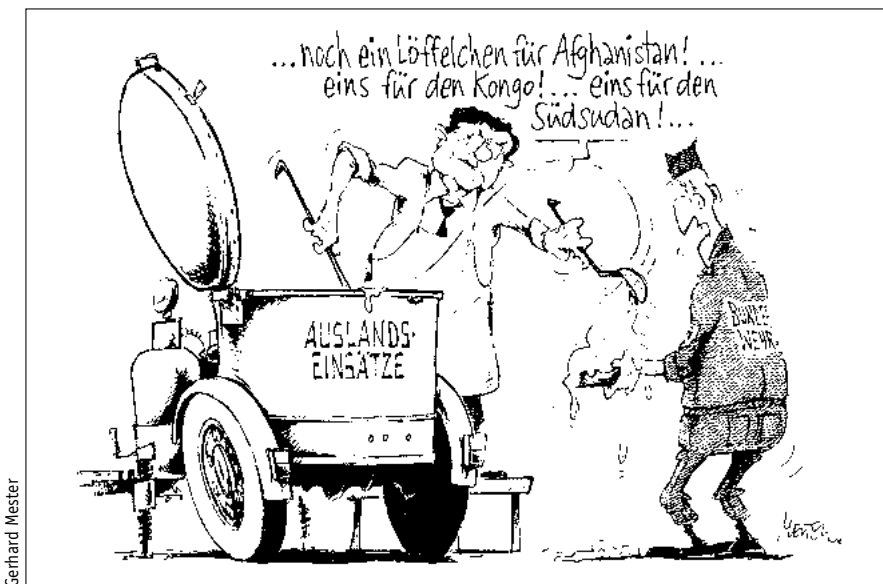
Wesentliche Defizite hat die Bundeswehr laut dem Dokument in den Bereichen Führungsfähigkeit, strategischer Transport, weltweite Aufklärung sowie Abwehr von Flugkörpern. »Aufgrund der engen finanziellen Rahmenbedingungen ist eine strukturelle Vollaussstattung der Streitkräfte mit modernem Gerät kurz- und mittelfristig nicht zu leisten«, schreibt

Schneiderhan. Deshalb müssten Prioritäten gesetzt werden – weshalb, darauf weisen Fachleute hin, es immer wieder zu Streitigkeiten auch zwischen den Teilstreitkräften kommt. (...)

Ein Problem hat die Bundeswehr auch bei der Finanzierung ihrer Auslandseinsätze. Dafür veranschlagt Schneiderhan für das kommende Jahr 580 und für die Folgejahre jeweils 555 Millionen Euro. Der Finanzbedarf für die in absehbarer Zukunft zu bewältigenden Einsätze liege »deutlich oberhalb der bisherigen Planung«. Deshalb müsse bei der Verlängerung laufender oder der Bewilligung neuer Einsätze durch den Bundestag die Finanzierung geprüft werden. Derzeit verbleibe ein Mehrbedarf von 220 bis 260 Millionen pro Jahr als »Risiko für den Haushaltsvollzug«.

*Süddeutsche Zeitung vom 5. August 2008
(Peter Blechschmidt)*

B 16 Nachschlag?



ARBEITSAUFTRÄGE ZU B 13–B 16

► Ordnet den Einsatz der Bundeswehr in der Demokratischen Republik Kongo im Jahre 2006 (B 11 und B 12) in den Rahmen der deutschen Sicherheitspolitik ein. Welche Interessen Deutschlands sollten damit gewahrt werden (B 13)?

► Stellt die Konsequenzen für den Einsatz der Bundeswehr vor, welche sich aus dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik ergeben (B 13 und B 14).

► Erläutert die Gefahren, die Matthias Geis (B 14) in der Wiedergewinnung der vollen nationalen Souveränität für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erkennt.

► Diskutiert das Problem der Finanzierung deutscher Auslandseinsätze und bezieht dabei auch die aktuelle Problematik der Weltfinanzkrise (B 15 und B 16) ein.

C • Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Materialien C 1–C 13

C 1 Schlagzeilen zum ISAF-Einsatz in Afghanistan

Taliban gewinnen in Afghanistan immer mehr an Macht

Die Welt, 14. 02. 2009

Bundeswehr verbessert Hilfe bei Rückkehr-Trauma

Focus Online, 12. 02. 2009

Vor 20 Jahren verließen die letzten Sowjetsoldaten Afghanistan

Stuttgarter Zeitung, 14. 02. 2009

Kein Ende des Krieges in Afghanistan absehbar

Wiener Zeitung, 12. 02. 2009

UN-Sonderbeauftragter für Afghanistan fordert die Entsendung von Polizeiausbildern nach Afghanistan

Berliner Zeitung, 10. 02. 2009

Karzai klagt: »Westen ist untätig«

Süddeutsche Zeitung, 12. 02. 2009

In Afghanistan entscheidet sich die NATO-Zukunft

Die Welt, 9. 02. 2009

Bundesverteidigungsminister Jung: Zivilen Aufbau in den Vordergrund rücken

Associated Press, 8. 02. 2009

ARD-Umfrage unter Afghanen: Der Hass auf den Westen wächst

tagesschau.de, 9. 02. 2009

95 Prozent des weltweit verbrauchten Opiums kommen aus Afghanistan: NATO jagt Drogenhändler

Rhein Zeitung, 12. 02. 2009

Auswärtiges Amt fördert erste Skateboard-schule in Afghanistan

bundesregierung.de, 30. 01. 2009

C 2 200 Jahre kriegerische Geschichte am Hindukusch

Während der letzten 200 Jahre seiner Geschichte konnte Afghanistan viermal einer globalen Supermacht Paroli bieten: In den Jahren von 1838 bis 1842 und 1878 bis 1879 sowie 1919 dem Britischen Empire, zwischen 1979 und 1989 der damaligen Sowjetunion. Sowohl die drei anglo-afghanischen Kriege als auch der Widerstand gegen die Sowjetunion waren asymmetrische Kriege, in denen eine hoch gerüstete Militärmacht versuchte, mit konventionellen Mitteln gegen überwiegend dezentral organisierte und mit Guerillataktik operierende Kräfte vorzugehen. Weder das Empire noch die Sowjetunion waren in der Lage, den Widerstand im Land dauerhaft zu unterbinden.

Nach dem letzten anglo-afghanischen Krieg erlangte Afghanistan im Jahr 1919 schließlich seine Unabhängigkeit, und 70 Jahre später haben die finanziellen, personellen sowie politischen Kosten der sowjetischen Intervention während der 1980er Jahre dazu beigetragen, dass sich die globalstrategischen Konstellationen nach dem Scheitern der UdSSR am Hindukusch zu verändern begannen.

Erwin Orywal: Krieg und Kampf in Afghanistan, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn, 3. Aufl. 2009, S. 183

C 3 Bürgerkrieg am Hindukusch



picture-alliance/dpa

Kämpfer der Taliban: Von 1997 bis 2001 leidet die Bevölkerung Afghanistans unter dem streng islamistischen Taliban-Regime.

Afghanistan, das Land am Hindukusch, wird in den 1990er Jahren von permanenter Gewalt heimgesucht. Nach dreijährigem Bürgerkrieg wird 1992 das von den Sowjets installierte Regime Mohammed Najibullahs gestürzt. Die Mudjahedin übernehmen die Macht, aber der Bürgerkrieg geht weiter. Mitte der 1990er Jahre setzen sich die auch von den USA unterstützten radikalislamistischen Milizen der Taliban durch. Im September 1996 erobern sie die Hauptstadt Kabul und

rufen einen islamischen Gottesstaat aus. Die Kämpfe gehen aber weiter, vor allem um die Kontrolle über den Norden des Landes. Das Taliban-Regime gerät von Anfang an unter Druck. Ihm wird vorgeworfen, Osama bin Laden und dem Terrornetzwerk al-Qaida Stützpunkte zu bieten. Im Sommer 1999 verhängen die USA Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan. Nachdem sich trotz eines Ultimatums des Welt-sicherheitsrats die Taliban weigern, Osama bin Laden und weitere Terroristenführer auszuliefern, treten auch UN-Sanktionen in Kraft. Das Land verfällt in die Isolation.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 fordern die USA zum wiederholten Male die Auslieferung Osama bin Ladens, der als Drahtzieher der Anschläge gilt. Gleichzeitig bereitet Washington einen Koalitionskrieg gegen das Land vor, der am 7. Oktober 2001 unter US-amerikanischer Führung beginnt. Bin Laden reagiert mit einem Aufruf zum »Heiligen Krieg« (d jihad). Schließlich greifen US-Bodentruppen in die Kämpfe ein, die hauptsächlich von der afghanischen Nordallianz getragen werden. Ihre Kämpfer rücken im November 2001 in Kabul ein. Wenig später kann auch die Taliban-Hochburg Kandahar eingenommen werden. Währenddessen suchen die UN nach einer politischen Lösung für das völlig am Boden liegende Land, in dem die ISAF-Truppe (International Security Assistance Force) den Neuaufbau sichern soll. Die Suche nach bin Laden geht – bislang erfolglos – weiter.

C 4 Der ISAF-Einsatz und die Bundeswehr

Nach dem Sturz des Taliban-Regimes einigten sich die größten ethnischen Gruppen Afghanistans Ende 2001 auf der Petersberger Konferenz auf eine »Vereinbarung über provisorische Regelungen in Afghanistan bis zum Wiederaufbau dauerhafter Regierungsinstitutionen« (Bonner Vereinbarung). Damit schufen sie die Grundlage für die internationale Truppe ISAF, deren Aufstellung der Weltsicherheitsrat am 20. Dezember 2001 beschloss. Der Deutsche Bundestag erteilte am 22. Dezember 2001 erstmalig das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz. Die ISAF-Kräfte unterstützen die afghanische Regierung bei der Wahrung der Menschenrechte sowie der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit. Im Kern geht es um die Schaffung funktionierender Regierungs- und Verwaltungsstrukturen auf der Basis demokratischer Prinzipien. Die ISAF-Kräfte sollen die afghanische Regierung bei der Herstellung und

Wahrung der Sicherheit unterstützen, solange afghanische Sicherheitskräfte dazu noch nicht in der Lage sind. Ziel ist, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der UN und anderes internationales Zivilpersonal in einem sicheren Umfeld arbeiten können.

Strikt getrennt von der Entscheidung zur Teilnahme an ISAF hat der Deutsche Bundestag 2001 die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) beschlossen. Anfangs war die Bundeswehr nach Aufforderung des UN-Sicherheitsrates zu enger Zusammenarbeit zwischen OEF und ISAF mit einzelnen Einheiten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auch in Afghanistan eingebunden. Derzeit sind im Rahmen des OEF-Mandates deutsche Soldaten nur noch am Horn von Afrika und im Mittelmeer eingesetzt.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 1–C 4

- Tauscht Euch vor dem Hintergrund der Schlagzeilen zum ISAF-Einsatz in Afghanistan über Eure Vorkenntnisse zum dortigen Einsatz der Bundeswehr aus (C 1).
- Fasst die Geschichte Afghanistans mit eigenen Worten zusammen und erläutert, wodurch diese in besonderer Weise gekennzeichnet ist (C 2 und C 3).

- Klärt die Begriffe »Taliban«, »Mudjahedin« und »asymmetrischer Krieg« (C 2 und C 3).
- Legt die politischen Hintergründe für den ISAF-Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch dar. Welche politischen Ziele sind mit diesem Einsatz verbunden (C 4)?

C 5 Internationale Schutztruppe



Die Karte zeigt die Regional-kommandos der Internationalen Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung in Afghanistan. Rund 53.000 Soldaten sind im Rahmen der ISAF-Mission zurzeit in Afghanistan stationiert. Deutschland stellt das drittgrößte Kontingent (Stand: Juni 2008). Im Oktober 2008 hat der Bundes-tag die Anhebung der deutschen Truppenstärke auf 4.500 be-schlossen.

C 6 Ziviler Aufbau in Afghanistan



picture-alliance/dpa

Sicherheit für den Wiederaufbau – Patrouille von ISAF-Soldaten.



picture-alliance/dpa

Getreide statt Mohn – Alternativen zur Drogenproduktion.



picture-alliance/dpa

Markt in Faisabad – die lokale Wirt-schaft aufbauen helfen.



picture-alliance/dpa

Auch Mädchen dürfen wieder zur Schule.



picture-alliance/dpa

Schwerstarbeit für den Aufbau von Infrastruktur.



picture-alliance/Lehtikuva

Deutschland leitet die Lehrer-ausbildung in Afghanistan.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 5–C 6

- In welcher Region Afghanistans wird die Bundeswehr vor-nehmlich eingesetzt (C 5)?
- Beschreibt die verschiedenen Aufgaben, welche die deut-sche Außen- und Sicherheitspolitik in Afghanistan wahr-

nimmt (C 6). Was sind die wesentlichen Aspekte des zivilen Aufbaus in Afghanistan? Recherchiert weitere Beispiele, die hier nicht abgebildet sind (www.bundesregierung.de).

C7 Sterben für Kabul?

Afghanistan im sechsten Jahr nach der Befreiung Kabuls vom islamistischen Steinzeitregime der Taliban und deren Terrorkumpanten al-Qaida: Trotz des von den UN beschlossenen Einsatzes der internationalen Schutztruppe ISAF sind Frieden und Stabilität noch Lichtjahre entfernt. Das Land steht weiter dicht am Abgrund, der Wiederaufbau stockt. (...) Anarchische Zustände herrschen in einigen Provinzen des Südostens, Hochburgen des Mohnanbaus und Drogenhandels. Hier, in den Stammesgebieten der Paschtunen, bekämpfen Guerillatrupps von Neo-Taliban, Dschihadis der al-Qaida und Streiter des islamistischen Warlords Gulbuddin Hekmatjar die Regierungsinstitutionen ebenso erbittert wie die zu deren Schutz angetretenen NATO-Verbände. Nicht in offener Feldschlacht, dazu ist die militante Opposition zu schwach, doch in einem asymmetrischen Krieg, der für die transatlantische Militäralliance kaum zu gewinnen ist: mit Hinterhalten, Sprengfallen, Raketenbeschuss, Autobomben und wie im Irak zunehmend auch mit Geiselnahmen und Selbstmordattentätern. (...) Auch deutsche Soldaten und Entwicklungshelfer (...) geraten seit dem Einsatz der Aufklärungstornados zunehmend ins Visier der Aufständischen. (...) Immer öfter muss in den NATO-Militärcamps Trauerbeflaggung angeordnet werden, weil ISAF-Soldaten sterben.

Bei Militärs und Helfern aus dem Westen wächst das bedrückende Gefühl, genauso wie die Sowjets in den 1980er Jahren in eine ausweglose Lage zu geraten. Solch eine Entwicklung droht jetzt auch der von der NATO geführten Friedensstreitmacht. Zwar herrscht Einigkeit im Bündnis, das Land nicht wieder den Terroristen zu überlassen. Doch die NATO-Doppelstrategie aus Wiederaufbau und Militärschlägen gegen die erneut vorrückenden Taliban fordert einen hohen Preis. Vor allem die Amerikaner, einst als Befreier gefeiert, haben ihre Glaubwürdigkeit durch ein häufig rücksichtsloses Auftreten gegenüber der Zivilbevölkerung, durch Bombardements mit üblen »Kollateralschäden« weitgehend eingebüßt. Die Europäer, darunter die Deutschen, sind dabei,

diese Glaubwürdigkeit ebenfalls zu verlieren. (...) Dieser Stimmungsumschwung kann für die transatlantische Allianz in einem Desaster enden, zum Inferno führen wie im Irak. Afghanistan droht für das größte Militärbündnis der Welt und die Zukunft des Westens zum Menetekel zu werden.

Sechs Jahre sollten eigentlich Zeit genug sein, um die Institutionen und Strukturen eines funktionierenden Staatswesens aufzubauen. Doch der Regierung Karzai fehlte es am Durchsetzungsvermögen. Sie arrangierte sich mit den regionalen Machthabern und Warlords und kontrolliert heute nicht einmal die Hälfte des Landes, in den paschtunischen Stammesgebieten sogar kaum eine Provinz. (...)

Nach wie vor ist im sechstärmsten Land der Welt der fehlende soziale Ausgleich zwischen Städten und Provinzen eines der Hauptprobleme. Selbst im halbwegs prosperierenden Kabul (...) fühlt die Mehrzahl der vier Millionen Einwohner sich ausgeschlossen vom wirtschaftlichen Fortschritt, wächst der Groll über das Protzen einer kleinen Clique Neureicher und Nachkriegsprofiteure. Überall wuchert der Krebs der Korruption. (...)

Versagt haben aber auch die internationalen Aufbauhelfer und Berater. Zwischen Amerikanern und Europäern kam es zu wechselseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen. Bei vielen Europäern verstärkte sich der Eindruck, Washington wolle wegen des Irak-Debakels unbedingt schnelle Demokratisierungserfolge in Afghanistan vorweisen, zeige aber wenig Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung des neuen politischen Systems. Die Amerikaner wiederum warfen ihren Alliierten vor, generell zu schwerfällig zu agieren und bei der Bekämpfung der Aufständischen schlicht zu kneifen.

Olaf Ihlau: Sterben für Kabul?, in: Susanne Koelbl/Olaf Ihlau: Geliebtes, dunkles Land. Menschen und Mächte in Afghanistan, Siedler Verlag, München 2007, S. 280 ff.



Gerhard Wester

C 8 »Den Attentätern nicht in die Hände spielen«

Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung:

Warum müssen junge deutsche Soldaten ihr Leben lassen in einem Land, in dem der Aufbau so massiv sabotiert wird von al-Qaida, Taliban, Warlords und Drogenbaronen?

Der Einsatz in Afghanistan hat etwas zu tun mit der Sicherheit hier. Afghanistan war der Ausgangspunkt für die Anschläge vom 11. September 2001. Es ist in unserem Interesse, wenn wir die Risiken dort beseitigen, wo sie entstehen. Wenn Afghanistan wieder ein Ausbildungscamp für Terroristen wird, steigt die Gefahr für Deutschland.

Laut UN war die Sicherheitslage noch nie so schlecht wie jetzt. 570 zivile Opfer in diesem Jahr durch die afghanische Armee und ihre Verbündeten.

Natürlich müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um zivile Opfer zu vermeiden und das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Man muss aber auch sehen, dass die Taliban es darauf anlegen, dass es zu zivilen Opfern kommt, um die Diskussion hierzulande zu beeinflussen.

Es gibt den Eindruck einer Eskalation nicht zuletzt deshalb, weil Zivilisten nun auch von deutschen Soldaten getötet worden sind.

Unser Problem ist, dass die Wahrnehmung in Deutschland bestimmt wird durch Anschläge und eine kritischer werdende Sicherheitslage. Aber es wird oft nicht gesehen, was durch unseren Einsatz an positiver Entwicklung vorangegangen ist. Wir haben erhebliche Fortschritte in der Bildungs- und

der Gesundheitspolitik erzielt. Fünf Millionen Flüchtlinge sind nach Afghanistan zurückgekehrt. Wir kommen beim Aufbau der Infrastruktur voran. Es gibt Erfolge, aber nicht in dem Maß, wie wir uns das gewünscht haben. Das ist sofort zugegeben.

Sie haben angekündigt, die Afghanen auch bei der Drogenbekämpfung stärker unterstützen zu wollen. Wie soll das konkret aussehen?

Die NATO diskutiert zurzeit, inwiefern sich die Schutztruppe ISAF stärker engagiert, weil doch immer deutlicher wird, dass die Drogenszene terroristische Aktivitäten finanziert. Der Kampf gegen die Drogen sollte ein afghanisches Gesicht behalten, aber wir können die afghanischen Kräfte unterstützen.

Wenn demnächst die afghanische Armee Mohnfelder abbrennt, werden deutsche Soldaten das also absichern?

Wir denken nicht, dass das Abbrennen von Mohnfeldern uns weiterführt, sondern dass wir den Menschen eine Alternative anbieten müssen. Aber wenn es konkret gegen Drogenlabore oder Handelswege geht, dann müssen die afghanischen Kräfte die Unterstützung von ISAF haben.

*Süddeutsche Zeitung vom 25. August 2008
(Interview: Nico Fried und Peter Blechschmidt)*

C 9 »Vielleicht waren wir ein bisschen naiv«

ISAF-General Hans-Lothar Domröse über die Probleme im Kampf gegen die Taliban und den Beitrag der Bundeswehr zur Befriedung Afghanistans:

Insgesamt aber läuft der Krieg schlecht für die ISAF-Truppen. Warum?

Mit dem Wort Krieg möchte ich vorsichtig sein. Für mich ist es mehr ein *fight*, ein Kampf. Sie sagen, es läuft nicht gut. Dem kann ich nicht völlig widersprechen.

Wieso läuft es nicht gut?

Die Annahme, dass man die Aufständischen auf konventionelle Weise leicht schlagen könne, war falsch. Wir haben es mit einer asymmetrischen Auseinandersetzung zu tun, die alte Mathematik gilt hier nicht.

Aber das ist doch keine neue Erkenntnis, das wusste man doch vorher schon. Hat man die Probleme unterschätzt?

Vielleicht waren wir, die internationale Gemeinschaft, zunächst ein bisschen naiv. (...)

Das Bild ist verheerend: Auf der einen Seite eine Art Lumpenguerilla, auf der anderen die mächtigsten Armeen des

Westens, die aber anscheinend nicht in der Lage sind, diese Guerillatruppe in den Griff zu bekommen.

Da stimme ich Ihnen ja zu. Das Problem ist die Grenze mit Pakistan, 2.500 Kilometer lang und nicht beherrschbar. Jenseits dieser Grenze und außerhalb unseres Mandats befinden sich Ausbildungslager ...

... und die dort im Terror- und Guerillakampf Ausgebildeten sickern über die Grenze nach Afghanistan ein.

Sie sickern ein und ziehen sich dorthin zurück. Solange diese Sanktuarien [Rückzugsorte] auf pakistanischer Seite bestehen, tun wir uns hier natürlich schwer.

Kann der Krieg in Afghanistan überhaupt gewonnen werden, solange er von der anderen Seite der Grenze her geführt wird?

Ich glaube nicht.

*Süddeutsche Zeitung vom 15. Oktober 2008
(Interview: Stefan Klein)*

C 10 Opium als Wirtschaftsmotor



picture-alliance/dpa

Ein afghanischer Polizist bewacht im März 2008 westlich von Kabul die Vernichtung von Drogen.

Ein grundlegendes Hindernis [bei der Drogenbekämpfung] bildet die weit verbreitete und auf allen Ebenen existierende Korruption. Selbst hochrangige Regierungsvertreter sind in Drogenanbau und Schmuggelaktivitäten involviert. Die Bevölkerung sieht hierin eine Doppelmoral. Einerseits prangert die afghanische Führung alle Rauschgiftaktivitäten an und bedroht mit Vernichtungskampagnen grundlegende Einkommensmöglichkeiten jener 12,5 Prozent der Bevölkerung, die auf den Anbau von Opium angewiesen sind. Andererseits zählen Regierungsvertreter selbst zu den größten Nutznießern der Drogenwirtschaft. In den Augen des Volkes verliert die politische Führung in Kabul deshalb zunehmend an Glaubwürdigkeit und Legitimität.

Dementsprechend lassen sich auch mit diesem gegenwärtig fast ausschließlich auf die Vernichtung der Feldbestände und Ernten ausgerichteten Lösungsansatz nicht die erhofften Erfolge erzielen. Vernichtungskampagnen treffen allein die Bauern, die in der Regel am wenigsten von der Opiumproduktion profitieren. Regionale Händler und die in den internationalen Drogenschmuggel verwickelten Akteure, die ca. 80 Prozent der Profite abschöpfen, bleiben hingegen ungeschoren. Von der Regierung und ihren Verbündeten angestoßene Vernichtungsaktionen – am stärksten engagiert sind dabei die USA und Großbritannien – führen insbesondere im Süden Afghanistans zu einer verstärkten

Hinwendung der einfachen Leute zu den Taliban, weil sie als Bauern ihre Felder vor Übergriffen schützen wollen, um so ihr Überleben zu sichern. Dies eröffnet neue Fronten im bewaffneten Kampf zwischen Regierungstruppen, Alliierten und Taliban. (...)

Um die Drogenwirtschaft in Afghanistan langfristig in den Griff zu bekommen, muss auf mehreren Ebenen angesetzt werden. Dies beinhaltet einerseits sozialpolitische Maßnahmen zur Nachfragereduzierung nach Heroin und anderen Drogen im Westen, andererseits multisektorale Interventionen im Herkunftsland. Die unter den Begriffen »alternative Entwicklung« angesiedelten Ansätze gehen davon aus, dass der Kampf gegen die Armut eine der wirksamsten Strategien zur Drogenbekämpfung darstellt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Einführung alternativer Kulturen, z. B. der Anbau von Rosen zur Rosenölgewinnung und Safran, aber auch Heilpflanzen oder Trockenfrüchte, die den Bauern vergleichbare Gewinne in Aussicht stellen könnten wie der Schlafmohn. Am erfolgversprechendsten erscheint eine Kombination von Interventionsstrategien.

Um die Masse der Bevölkerung von der Aufrichtigkeit der Bemühungen zur Drogenbekämpfung zu überzeugen und letztlich ihre Unterstützung zu gewinnen, ist eine Vielzahl kostenintensiver Maßnahmen notwendig, die zur Zeit nur die internationale Gemeinschaft tragen könnte. Hierzu zählen die Schaffung eines sicheren Umfeldes ebenso wie der Aufbau funktionierender Marktstrukturen mit entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Vergabe landwirtschaftlicher Kredite und Subventionen. Infrastrukturelle Leistungen wie im Bereich der Bewässerung sollten neben die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch Korruptionsbekämpfung und die Verfolgung von Zwischenhändlern und Schmugglern treten. Soziale Maßnahmen wie Einrichtung und Unterhalt von Entzugskliniken zur Behandlung der steigenden Zahl von Drogenabhängigen werden den Umbau des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes begleiten müssen, soll der Drogenwirtschaft auf Dauer der Boden entzogen werden.

Katja Mielke: Opium als Wirtschaftsmotor: Drogenökonomie ohne Alternativen?, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Afghanistan, Paderborn, 3. Auflage 2009, S. 239 ff.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 7–C 10

- Erläutert die Probleme, auf welche die internationale Schutztruppe ISAF bei ihrem Einsatz in Afghanistan trifft. Diskutiert vor diesem Hintergrund die Karikatur **C 7**.
- Legt dar, auf welche Weise Bundesverteidigungsminister Jung den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von ISAF in Afghanistan begründet (**C 8**).
- Führt die Schwierigkeiten an, vor welche sich die Bundes-

wehr nach Ansicht von ISAF-General Domröse in Afghanistan gestellt sieht. Wie könnten diese behoben werden (**C 9**)?

- Erklärt, weshalb die politische Führung Afghanistans zusehends an Glaubwürdigkeit bei der eigenen Bevölkerung verliert und was dies für die dortige Drogenbekämpfung bedeutet. Welche Maßnahmen können der Drogenbekämpfung nachhaltig dienlich sein (**C 10**)?

C 11 Die Fraktionen im Bundestag: Stellungnahmen zum ISAF-Einsatz in Afghanistan**CDU** Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zum Afghanistan-Einsatz: Wiederaufbau statt Terrorismus

Der Einsatz in Afghanistan folgt unserem sicherheitspolitischen Verständnis, Probleme vor Ort zu lösen, bevor sie unser eigenes Land erreichen. Nach dem Leitmotiv »keine Entwicklung ohne Sicherheit, und keine Sicherheit ohne Entwicklung« soll die ISAF-Truppe helfen, den Aufbau und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes durch zivile Kräfte abzusichern. Ziel der Afghanistan-Mission ist es, das Land zu einem funktionstüchtigen Staat zu machen, der sich selbst verteidigen kann und keine Bedrohung mehr für andere Staaten darstellt. Die schwierige Aufgabe, das Land zu stabilisieren, wird noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen.

Vor sieben Jahren war Afghanistan ein gescheiterter Staat (»failed state«) und die wichtigste Operations- und Trainingsbasis des internationalen Terrorismus. Heute hat Afghanistan eine gewählte Regierung, eine Verfassung für Demokratie und Bürgerrechte und ein Parlament, in dem auch Frauen vertreten sind. An der Grundversorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Strom und Krankenhäusern wird landesweit gearbeitet. Zur Stärkung der demokratischen Entwicklung und gegen religiösen Fundamentalismus ist Bildung das beste Rezept.

Neben den dabei erreichten Erfolgen gibt es auch Rückschläge. Noch immer werden Anschläge verübt gegen ISAF-

Soldaten, gegen Helfer von internationalen Organisationen und gegen afghanische Bürger, die mit diesen kooperieren. Dadurch sind die Mission der NATO und die Teilnahme deutscher Soldaten in der deutschen Öffentlichkeit sehr umstritten. Die Antwort kann jedoch kein Rückzug aus Afghanistan sein. Vielmehr muss die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen verstärken und besser koordinieren. Auch die afghanische Regierung muss energischer gegen die Probleme vorgehen. Vorrangig gilt es, die wachsende Korruption einzudämmen und die Qualität der Regierungsführung auch landesweit zu verbessern. Zu den größten Problemen Afghanistans zählen der Anbau von Schlafmohn zur Opiumherstellung und der Drogenhandel, da sie die Fortschritte bei der Friedensstabilisierung und beim Wiederaufbau des Landes untergraben. Durch entwicklungspolitische Maßnahmen sollen der afghanischen Bevölkerung legale Alternativen zum Schlafmohnanbau angeboten werden.

Die Stabilisierung Afghanistans gelingt nur mit Geduld und mit einem regionalen Ansatz, der die Nachbarn Pakistan, Iran, Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan einbezieht. Vor allem Pakistan als wichtigster Nachbar und Handelspartner muss stärker in die Bekämpfung der Aufständischen sowie in die Befriedung und Entwicklung der unsicheren Grenzregion einbezogen werden.

SPD Die SPD-Bundestagsfraktion: ISAF – militärische Präsenz ist notwendig, aber kein Eigenwert

Wir sind der Auffassung, dass es ohne Sicherheit keinen Wiederaufbau, aber auch ohne Wiederaufbau keine Sicherheit geben kann. Deutschland ist im Rahmen der NATO auf Bitten der gewählten afghanischen Regierung mit ISAF in Afghanistan engagiert, um mittel- und langfristig dafür zu sorgen, dass Afghanistan nicht mehr zum Rückzugsort für Terroristen wird. Wir wollen aber auch dafür Sorge tragen, Afghanistan einen eigenen Weg in eine friedliche Zukunft zu ebnen. Ohne militärische Absicherung ist der dafür notwendige Wiederaufbauprozess derzeit noch nicht denkbar.

Der Einsatz der ISAF in Afghanistan ist unverzichtbar für die Schaffung eines sicheren Umfeldes, in dem mittel- und langfristig Stabilisierung und Entwicklung stattfinden können. ISAF verfolgt keine militärische, sondern eine politische Zielsetzung – auch wenn es sich um ein robustes Mandat handelt. Auch nach Meinung hoher Militärs ist klar: Militär kann immer nur für eine gewisse Zeit ein Umfeld schaffen, in dem der Wiederaufbau beginnen muss. Bis die afghanische Armee und Polizei selbst für Sicherheit sorgen können, wird das Land jedoch noch für eine längere Zeit auf unsere Hilfe angewiesen sein.

Im Norden Afghanistans trägt Deutschland die Verantwortung für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Region. Militärisch bedeutet das, im Rahmen von ISAF mit vergleichsweise geringen Kräften für die Herstellung eines ausreichend sicheren Umfeldes zu sorgen, in dem ziviles Engagement und die Arbeit von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen stattfinden können. Große Bedeutung kommt der polizeilichen und militärischen Ausbildung der afghanischen Sicherheitsorgane zu, die selbst Verantwortung für die Situation in ihrem Land übernehmen sollen und wollen. Das stellt die Voraussetzung dar für einen späteren Abzug der ISAF-Kräfte.

Entscheidend für das Gelingen von ISAF ist das Netzwerk, das im Umfeld von Regionalen Wiederaufbau-Teams (Provincial Reconstruction Teams) vor Ort stattfindet und die Situation durch enge Kontakte zur Bevölkerung stabilisieren hilft. Die internationalen Truppen müssen ebenso wie die zivilen Helfer alles vermeiden, was sie wie Besatzer erscheinen lässt. Dazu zählt eine kultursensible Herangehensweise an die Probleme vor Ort.

Ein Abzug der ISAF aus Afghanistan hätte verheerende Folgen für die afghanische Bevölkerung und würde ein

fatales Signal an diejenigen Terrororganisationen senden, die mit den Taliban paktiert haben. Der Schlüssel für ein friedliches Afghanistan liegt im Wiederaufbau: in der weiteren Schaffung von Infrastruktur, im Aufbau einer Gesundheitsversorgung, eines afghanischen Justizwesens und in

der Förderung lokaler Beschäftigung. Wir haben – nicht zuletzt wegen der Sicherheit hier bei uns – ein Interesse an einem Afghanistan, das seinen eigenen friedlichen Weg geht und mit seinen Nachbarn stabile, friedliche Beziehungen pflegt.

FDP Die Haltung der FDP-Bundestagsfraktion zum deutschen und internationalen Engagement in Afghanistan

Seit nunmehr acht Jahren engagiert sich auch Deutschland mit hohem finanziellem und personellem Aufwand in Afghanistan. Große Erfolge, aber auch große Rückschläge prägen heute das Bild der Stabilisierungsbemühungen. Als FDP haben wir immer vor überzogenen Erwartungen hinsichtlich des Wiederaufbaus im Sinne eines umfassenden »nation-building« gewarnt. Allein schon das Ziel, eine landesweit durchsetzungsfähige Zentralregierung in Kabul zu etablieren, ist angesichts der historisch gewachsenen Machtverhältnisse vor Ort eine Herkulesaufgabe. Vorstellungen, man könne in Afghanistan nach dem Sturz der Taliban eine Demokratie nach westlichem Vorbild etablieren, waren von Anfang an unrealistisch. Und ebenso falsch war es, in der deutschen Öffentlichkeit den Einsatz der Bundeswehr noch als eine Art »Entwicklungshilfe in Uniform« darzustellen, als sich spätestens seit 2006 die Sicherheitslage merklich zu verschlechtern begann.

Heute sind wir an einem Punkt, an dem ein Strategiewechsel notwendig geworden ist. Zunächst gilt es, realistische Ziele zu definieren. Dabei sollte man sich erinnern, was die ursprüngliche Motivation des Einsatzes in Afghanistan war. Es ging um die Beseitigung eines Regimes, das nicht nur die eigene Bevölkerung mit Terror überzog, sondern Extremisten eine Heimstätte bot, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, den Terror in die Welt zu tragen. Wenn es gelingt zu verhindern, dass Afghanistan wieder in diese Zeiten zurückfällt, indem wir ein Mindestmaß an selbsttragender Sicherheit etablieren, und gleichzeitig die Einhaltung grundlegender Menschenrechte in Afghanistan garantiert

ist, dann ist sehr viel erreicht – der Übergang von einer Ausnahmesituation, die ein Militäreinsatz aus Sicht der FDP immer ist, hin zu »normaler« Entwicklungszusammenarbeit wäre in Sichtweite.

Mehrere Elemente sind erforderlich, um dieses Ziel zu erreichen. In Afghanistan selbst muss die Korruption konsequent bekämpft werden. Dies ist eine Bringschuld der afghanischen Seite mit Präsident Karzai an der Spitze. Zudem muss die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte verstärkt werden. Die Bundesregierung hat insbesondere beim Polizeiaufbau, für den sie vor Jahren die Führungsrolle übernommen hat, auf ganzer Linie versagt. Und zuletzt müssen die Bemühungen beim zivilen Wiederaufbau verstärkt werden, um in der Wahrnehmung der Bevölkerung einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Verbesserung der individuellen Lebensumstände und der Arbeit der afghanischen Zentralregierung sowie dem internationalen Engagement.

Ebenso wichtig wie die Maßnahmen in Afghanistan selbst ist der Übergang zu einem echten regionalen Ansatz – und zwar nicht nur hinsichtlich der Problemanalyse, sondern auch mit Blick auf Lösungsansätze. Drogenexporte und Waffenschmuggel laufen längst nicht nur über Pakistan, sondern auch über die anderen umliegenden Länder. Deshalb müssen auch Russland, China, Pakistan, Indien und der Iran, die ihrerseits ebenfalls großes Interesse an der Stabilisierung Afghanistans haben, in die Stabilisierungsbemühungen eingebunden werden.

DIE LINKE. DIE LINKE im Bundestag: Afghanistan, ISAF, OEF

Seit Ende 2001 führt eine von den USA geführte Allianz Krieg in Afghanistan. Das Taliban-Regime wurde rasch vertrieben und eine USA-freundliche und abhängige Regierung in Kabul eingesetzt. Im Land wurden Bündnisse mit einzelnen Kriegsherren eingegangen. Die Bundeswehr ist in Afghanistan von Anfang an dabei, angeblich um den Afghanen Freiheit und Demokratie, mehr Bildung und Gesundheit zu bringen, um Frauenrechte durchzusetzen und die deutsche Bevölkerung vor Terrorangriffen hierzulande zu schützen. Das Ergebnis von sieben Jahren Krieg in Afghanistan ist jedoch verheerend. Die Zahl der zivilen Opfer steigt, die Armut wächst. Hunger bedroht ein Drittel der afghanischen Bevölkerung. Frauen und Kinder leiden

nach wie vor am stärksten unter dem Krieg. Die Intensität der Kriegshandlungen wächst – alles Hinweise für das Scheitern der NATO-Strategie. Der deutsche Militäreinsatz verschlingt jedes Jahr 530 Millionen Euro. Nur ein Viertel steht dem Wiederaufbau zur Verfügung. Die Bundeswehr ist bei der »Sicherheitsunterstützungsgruppe« ISAF der NATO mit 4.500 Soldaten und Soldatinnen beteiligt.

Trotz des massiven Militäreinsatzes sind Ziele wie Wiederaufbau, Demokratie und Sicherheit in weite Ferne gerückt. Die NATO-Strategie, Ziviles und Militärisches miteinander zu verbinden, hat dem Wiederaufbau und vor allem dem Engagement ziviler Organisationen sogar schwer geschadet. Die

Truppen sind selbst zum Unsicherheitsfaktor geworden. Die Bundesregierung hält jedoch an ihrem Kurs fest und trägt mit der Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen und der Übernahme der sogenannten »Quick Reaction Force« ihren Teil zur Ausweitung der Kampfhandlungen bei.

DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan von Anfang an abgelehnt. Der Kampf gegen den Terror kann nicht mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Die Bun-

deswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sondern sie ist längst Teil des Problems. DIE LINKE fordert den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und setzt sich für den zivilen Wiederaufbau ein. Es gibt Alternativen zu diesem Krieg. Gemeinsam mit Aktivisten – auch aus Afghanistan – setzt sich DIE LINKE für die Stärkung von demokratischen Kräften und insbesondere von Frauen in Afghanistan ein. Der Einsatz der Bundeswehr hat die Steuerzahler bisher weit über zwei Milliarden Euro gekostet. Dieses Geld muss für den zivilen Wiederaufbau des Landes eingesetzt werden.



Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen: Afghanistan – Zeit für den Strategiewechsel

Wir sehen uns in Mitverantwortung für ein friedliches und stabiles Afghanistan. Wer die Situation beschönigt oder vorrangig auf die militärische Karte setzt, gefährdet die Erfolgsaussichten ebenso wie jene, die einen sofortigen militärischen Totalrückzug aus Afghanistan fordern. Unseres Erachtens sind die Prioritäten falsch gesetzt. Wir fordern einen Kurswechsel: weg von der militärischen Dominanz hin zu einer massiven Stärkung der zivilen Aufbauarbeit. Im zivilen und militärischen Bereich hat die »Staatengemeinschaft« viele Fehler gemacht. Es müssen endlich klare und realistische Prioritäten für Aufbau und Entwicklung in Afghanistan definiert werden. Die afghanische Regierung muss als wichtigste Akteurin beim Wiederaufbau sichtbar werden. Die schlechte Regierungsführung, die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die Korruption müssen entschieden bekämpft werden. Solange Afghanistan seine Sicherheit nicht selbst gewährleisten kann, sehen wir zur Unterstützung durch die UN-mandatierte ISAF-Truppe keine vernünftige Alternative. Ziel aller Anstrengungen in Afghanistan muss die Stärkung der afghanischen Eigenverantwortung sein. Ein schneller Abzug der internationalen Streitkräfte ließe die Rückeroberung von Landesteilen durch die Taliban und die Rückkehr des Bürgerkriegs befürchten, der die gesamte Region destabilisieren könnte. Es muss allerdings deutlich sein, dass ISAF zur Unterstützung der Menschen in Afghanistan beim zivilen Wiederaufbau im Lande ist. Dazu muss sie bei ihrem Einsatz dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Achtung des Völkerrechts absolute Priorität einräumen.

Der Aufbau einer funktionsfähigen Polizei und Justiz ist eine Kernvoraussetzung, um zu sich selbst tragenden Si-

cherheitsstrukturen zu kommen. Der Justizaufbau wurde vernachlässigt und muss massiv gestärkt werden. Dringend nötig sind politische Konfliktlösungen mit Hilfe und unter Einbeziehung traditioneller Autoritäten. Dabei muss das Gespräch auch mit den moderaten Aufständischen gesucht werden. Unverzichtbar ist die Einbeziehung der Nachbarländer in die Stabilisierungsbemühungen. Ohne Iran und ohne Pakistan ist es ein Kampf gegen Windmühlen.

Die Bekämpfung der Drogenökonomie und die Entwicklung alternativer ökonomischer Betätigungen ist eine Schlüsselherausforderung. Die Vernichtung der Schlafmohnfelder treibt Bauern in den Ruin bzw. in die Arme der Taliban. Stattdessen muss von afghanischer Seite gezielter gegen Drogenhändler und korrupte Strukturen vorgegangen werden. Zudem müssen Programme verstärkt werden, die aus Anreizen und Marktförderung für alternativen Anbau bestehen. Langfristiges Ziel muss es sein, die Lebensmittelversorgung Afghanistans so weitgehend wie möglich aus autarker Landwirtschaft zu sichern. Infrastrukturmaßnahmen und regionale Projekte müssen stärker mit afghanischen Vertragsnehmern realisiert werden. Die Beteiligung von Frauen beim Wiederaufbau ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Für eine geschlechtergerechte Zukunft ist beim Ausbau des Bildungswesens und der Erwerbsmöglichkeiten die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen unverzichtbar. Vieles hängt vom Vorgehen der neuen US-Administration unter Präsident Obama – aber vieles auch von der Eigenverantwortung der Afghanen ab. Es ist Zeit für den Wechsel – auch in Afghanistan. Aber dieser Wechsel braucht auch seine Zeit, um wirksam zu werden.

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 11

► Vergleiche die Stellungnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien zum ISAF-Einsatz in Afghanistan. Untersuche die Stellungnahmen insbesondere hinsichtlich der Begründung des ISAF-Einsatzes; der Analyse der dortigen Schwierigkeiten; der vorgestellten Lösungsansätze zur Behebung

dieser Schwierigkeiten; des übergeordneten Ziels des ISAF-Einsatzes in Afghanistan.

► Diskutiere vor diesem Hintergrund die unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien (C 11).

C 12 NATO-Grab Afghanistan?

In Afghanistan schaufelt sich die NATO wahrscheinlich ihr Grab. Dieser Friedhof ist allerdings schon ziemlich überfüllt. Die Sowjetunion wurde hier bereits begraben. Ebenso das Britische Empire, das hier geschlagen wurde. Anderen Invasoren erging es nicht anders, ausnahmslos – bis zurück zu Alexander dem Großen. (...) Unter den beteiligten NATO-Regierungen herrscht mittlerweile beträchtliche Unruhe über die Dimension und den politischen Charakter des Afghanistan-Einsatzes sowie über die Verluste, die nicht nur ihre Truppen dort erleiden, sondern die unbeabsichtigt auch der Zivilbevölkerung zugefügt werden.

Ich sagte, dieses Abenteuer könne den Anfang vom Ende der NATO bedeuten, weil deren europäische Mitglieder es zugelassen haben, dass eine Verteidigungsallianz nominell Gleichberechtigter in eine Hilfstruppe der US-Außenpolitik verwandelt wurde – einer Außenpolitik, die seit 9/11 katastrophal falsch angelegt ist und in einem ruinierten Irak, in einer Orgie nihilistischer Gewalt, auseinanderbricht. Das

Beste, was die NATO-Verbündeten jetzt für die Vereinigten Staaten tun könnten, wäre, höflich und wohlbegründet ihre Mitarbeit bei den Militäroperationen des Antiterrorkrieges einzustellen.

Die USA selbst sind möglicherweise unfähig, ihren Kurs zu korrigieren – selbst unter einem neuen Präsidenten. Man muss nur zuhören, wenn die führenden Präsidentschaftskandidaten reden, um zu begreifen: Auch sie stehen im Bann der Ideologie weltweiter amerikanischer Interventionen zur Überwältigung des Terrors im Besonderen und des Bösen im Allgemeinen – ungeachtet der Erfahrung, dass beide Übel sich dadurch vervielfachen. Möglicherweise könnte Europa den Schock auslösen, der die Vereinigten Staaten aus dieser Gefahr zu retten vermag.

William Pfaff: NATO-Grab Afghanistan, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 7/2007, S. 799 f. (www.blaetter.de)

C 13 »Die Europäer wollen nicht verstehen ...«

Der deutschstämmige frühere Nationale Sicherheitsberater und Außenminister der USA Henry Kissinger im Sommer 2008 in einem Interview mit dem SPIEGEL:

Die Wahrheit ist immer konkret: Braucht die NATO mehr deutsche Truppen im Süden Afghanistans, wo die eigentlichen Kampfhandlungen stattfinden?

Es ist nicht einsehbar, dass allein die Vereinigten Staaten von Amerika permanent für die westlichen Interessen kämpfen. Zwei Schlussfolgerungen sind an dieser Stelle möglich: Entweder es bestehen keine westlichen Interessen in dieser Region. Dann brauchen wir auch nicht zu kämpfen. Oder aber, es gibt dort vitale westliche Interessen. Dann müssen wir dafür kämpfen.

Ihre Schlussfolgerung lautet also: Wer die Gefahr sieht, ist auch verpflichtet, in den Krieg zu ziehen?

Solange er Teil einer Allianz ist, ja. Wir brauchen mehr deutsche Truppen, und wir brauchen mehr NATO-Truppen in Afghanistan. Was nicht angeht, ist, dass eines der NATO-Länder seine Soldaten bevorzugt in Gegenden schickt, in denen nicht gekämpft wird. Das ist keine gesunde Situation.

Viele Deutsche sagen: Wir können aufgrund unserer Geschichte nicht in gleicher Weise wie andere Nationen an Kampfeinsätzen teilnehmen. Sie selbst wurden in Fürth bei Nürnberg geboren und sind in der Hitler-Zeit, im Alter von 15 Jahren, nach Amerika geflohen. Haben Sie für das deutsche Argument Verständnis oder eher nicht?

Ich verstehe es, aber die deutsche Position ist auf Dauer nicht haltbar. Wir können in der NATO langfristig nicht zwei Sorten von Mitgliedern haben. Die eine Sorte ist bereit zu kämpfen, die andere macht Allianz à la carte. Das funktioniert nicht.

Wie würden Sie die Deutschen zu einer neuen Sicht der Dinge bewegen?

Die Deutschen selbst müssen entscheiden. Aber wenn sie bei ihrer Haltung bleiben, dann wird Deutschland in Europa nur eine Sonderrolle spielen können.

Der SPIEGEL Nr. 8 vom 18. Februar 2008, S. 110 (Interview: Gregor Peter Schmitz und Gabor Steingart)

ARBEITSAUFTRÄGE ZU C 12–C 13

- Erläutert den historischen Vergleich, den der amerikanische politische Kommentator Pfaff im Hinblick auf den ISAF-Einsatz in Afghanistan bemüht. Welche Konsequenzen sind nach seiner Auffassung hieraus zu ziehen (C 12)?
- Bestimmt die Gründe, weshalb nach Auffassung des ehemaligen US-Außenministers Kissinger der ISAF-Einsatz in

Afghanistan geboten ist (C 13).

- Diskutiert die beiden Positionen und berücksichtigt dabei auch die Stellungnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien.
- Verfasst eine eigene Stellungnahme zum ISAF-Einsatz unter deutscher Beteiligung in Afghanistan.

Handbuch Kommunalpolitik

Siegfried Frech und Reinhold Weber (Hrsg.)



Kaum eine politische Ebene ist so nah an den Menschen wie die kommunale. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die meisten Beteiligungsmöglichkeiten. Aber angesichts der stetig zunehmenden Aufgaben bei gleichzeitig knapper werdenden Finanzen, angesichts auch der europapolitischen Verflechtungen und der globalisierten Wirtschaft wird Kommunalpolitik immer komplizierter.

Das „Handbuch Kommunalpolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder auf kommunaler Ebene. Einschlägige Gesetzestexte und ein umfangreicher

statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.– EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

Handbuch Europapolitik

Siegfried Frech, Martin Große Hüttmann, Reinhold Weber (Hrsg.)



Die Europäische Union (EU) hat sich eine neue Gestalt gegeben. Ihr dynamisches Mehrebenensystem ist für die deutschen Länder von immer größerer Bedeutung.

Das „Handbuch Europapolitik“ skizziert in kompakten, präzisen Analysen die zentralen Politikfelder, auf denen die EU für das Land Baden-Württemberg von Bedeutung ist. Dabei wird deutlich, wie stark die Landespolitik mit der europäischen Politik verflochten ist – von der Wirtschaft über Umwelt und Verkehr bis hin zu Bildung und Forschung.

Einschlägige Gesetzestexte und ein statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

5.– EUR (zzgl. Versandkosten)
per Fax 0711.164099 77,
über marketing@lpb.bwl.de oder
Webshop: www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm/Thomas Schinkel/Susanne Krieg -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: N.N. -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Politische Landeskunde: Dr. Iris Häuser -20
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement:
Dr. Jeannette Behringer/Dr. Iris Häuser -23
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Thomas Schinkel* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr -29
Jugend und Politik: Angelika Barth -22
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Anke Schütze*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Zimmermann -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Haus auf der Alb, Hanner Steige 1,
72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, -148; Fax -145
Leiter: Rolf Müller -135
Klaus Deyle -134

Projekt Extremismusprävention

Stuttgart, Stafflenbergstr. 38
Leiterin: Tina Schmidt-Böhringer -81
Assistentin: Sonja Oder -82

* Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag, 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Stafflenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Newsletter »einblick«
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter

POLITIK & UNTERRICHT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: **www.politikundunterricht.de**

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung, Marketing,
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77
marketing@lpb.bwl.de oder direkt im Webshop www.lpb-bw.de/shop
Bitte beachten Sie die Lieferbedingungen: Bei Bestellungen kostenfreier Produkte gehen ab 1 kg die Versandkosten zu Ihren Lasten.

KOSTENPFLICHTIGE EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen
Tel. 07721/8987-49, www.neckar-verlag.de

www.lpb-bw.de